

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: 27 Amt Dönhof 292 bis 297  
Telegrammadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts . . . . . 15 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Preußen unter reaktionärer Diktatur

### Massenhinauswurf republikanischer Beamter

Die kommissarische Verwaltung Preußens hat die Auflösung des Wohlfahrtsministeriums zu einem Beamtenjähub größten Stils in allen preußischen Ministerien benutzt von dem 68 höhere Beamte betroffen werden. Davon werden 3 in den dauernden Ruhestand, 65 in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Hier ist die Liste der Opfer dieses Beamtenjähubs. Es sind vorwiegend Sozialdemokraten, Zentrumsmitglieder, Beamte republikanischer Gesinnung.

Staatssekretär Professor Dr. Dr. Scheidt wird mit Wirkung vom 1. Februar 1933 ab in den einstweiligen Ruhestand und auf seinen Antrag mit Wirkung vom 1. Mai 1933 ab in den dauernden Ruhestand versetzt. Auf ihren Antrag werden in den dauernden Ruhestand versetzt: Im Ministerium für Handel und Gewerbe Ministerialrat Loesener und Oberregierungsrat Katermund.

In den einstweiligen Ruhestand werden versetzt:

Ministerium für Volkswohlfahrt: Ministerialdirektoren Meyer, Peters, Dr. Schneider; Ministerialräte Ahrendis, Dünshede, Fischer, Herrmann, Dr. Kallwig, Dr. Marzmann, Dr. Pauls, Tejessig, Wed; Oberregierungsräte Bardon, Baumgarten, Borchart, Jodehl, Spring, Tilly; Regierungsräte Andres, Wachsmuth.

Ministerium für Landwirtschaft: Ministerialdirektoren Bollert, Roening; Ministerialdirigent Thomas; Ministerialräte Bormann, Smand, Kummer, Raftell; Oberregierungsräte Albrecht, Klemm; Regierungsräte Ciersdorff, Dr. Fischer, Grünwald, Reglaff.

Ministerium für Handel: Ministerialdirektor Merten; Ministerialdirigent Jordan; Ministerialräte Frau Albrecht, Frau Teapp, Zwomoll, Dr. Ziertmann; Bergrat Lichtermann.

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Ministerialdirektoren Dr. Jahnte, Dr. Hübner; Ministerialräte Beder, Dr. Gaede, Kestenberg, Seelig, Woldt; Oberregierungsräte Frau Ermiler, Hollmann, Schneider; Regierungsräte Köhler, Voigt.

Ministerium des Innern: Ministerialräte Abramowitz, Hirschfeld, Kirschmann; Oberregierungsräte Klempin, Siche; Regierungsräte Koo, Vechel, v. Brechmann.

Finanzministerium: Ministerialdirektor Großer, Oberregierungsrat Apfisch

Justizministerium: Ministerialdirigent Rosenfeld; Ministerialrat Polenz.

Staatsministerium: Ministerialrat Pfeifer.

Von den Angeführten sind die Beamten Sozialdemokraten, deren Name durch Fettdruck hervorgehoben ist.

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1932 ab werden versetzt:

In das Ministerium des Innern: Ministerialdirektor Dr. Schopohl, Ministerialdirigent Professor Dr. Rüsse Meyer, die Ministerialräte Dr. Beyer, Dr. Koenig, Professor Dr. Lenz, Dr. Ostermann, Freiherr v. Tschammer und Quariß, Wittelschöfer, sämtlich bisher im Ministerium für Volkswohlfahrt; die Ministerialräte Lindenau und Wiemann bisher im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Oberregierungsrat Rothe und Frau Regierungsrat Dr. Mayer, bisher im Ministerium für Volkswohlfahrt.

In das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Regierungsrat Schewe, bisher im Ministerium für Volkswohlfahrt.

In das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit die Ministerialräte Dr. Kugler, Lehmann und Scholz, bisher im Ministerium für Volkswohlfahrt.

In das Ministerium für Wissen-

schaft, Kunst und Volksbildung Ministerialrat Dr. Richter und Frau Ministerialrat Dr. Weber bisher im Ministerium für Volkswohlfahrt.

In das Finanzministerium Ministerialrat Kayser, bisher im Ministerium für Volkswohlfahrt.

In das Staatsministerium Ministerialrat Bergbohm, bisher im Finanzministerium.

Damit ist die Liste der abgesetzten republikanischen Beamten aber noch nicht abgeschlossen! Ueber die Personalien der Hilfsarbeiter entscheiden die Fachminister, d. h. die Kommissare. Der Herauswurf der Hilfsarbeiter, die linker Gesinnung verdächtig sind, erfolgt still und leise, ohne Mitteilung an die Öffentlichkeit!

Die „nationale Konzentration“ ist in Preußen an der Arbeit. Ihre Parole heißt: fort mit den Republikanern, zurück zum alten System der Junkerdiktatur und der konservativen Parteiherrschaft!

## Es wird konzentriert

### Die nationale Einigkeit marschiert

Herr von Papen, der Chef des Kabinetts der Barone, will mit den „nationalen“ Parteiführern über die „nationale Konzentration“ verhandeln. Was „nationale Konzentration“ ist, haben die Barone durch ihre letzten Schritte in Preußen festgestellt. Es bedeutet Bürgerblut mit der Absicht der Diktatur über das wertvolle Volk.

Gegen diese Absichten liegen sehr scharfe Bestimmungen und Aufrufe der christlichen Ge-

werkschaften vor, ebenso bestimmte Erklärungen des Zentrums gegen Herrn von Papen. Die Nationalsozialisten erklären, daß sie die ganze Macht für sich beanspruchen. Die Papen-Presse sagt: „Schon gescheitert? Verhandlungen ohne Nationalsozialisten sinnlos.“ Am Sonntag sollen die Besprechungen beginnen.

## Landtag 24. November

### Kerrl beruft ihn ein

Landtagspräsident Kerrl hat den Preußischen Landtag nunmehr für Donnerstag, den 24. November, einberufen. Die Tagesordnung wird später bekanntgegeben.

## Noch keine schwarzbraunen Verhandlungen

Die Verhandlungen über die Neubildung der preußischen Regierung zwischen der nationalsozialistischen und der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags waren im September auf Wunsch der Nationalsozialisten unterbrochen worden und sollten nach dem 6. November, also nachdem das Wahlergebnis für den Reichstag feststand, wieder aufgenommen werden. Wie das Nachrichtenbüro des BdZ hört, ist jedoch bisher noch kein Schritt unternommen worden, um die Koalitionsverhandlungen wieder in Gang zu bringen. Es ist anzunehmen, daß die Nationalsozialisten zunächst eine Klärung der politischen Lage im Reich herbeiführen wollen, ehe sie neue Verhandlungen in Preußen anbahnen.

# Generalstreik in Genf

### Auf 24 Stunden beschlossen — Regierung mobilisiert Genfer Regimenter

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 11. November.

Wider alles Erwarten hat der unter dem Vorsitz von Nationalrat Koffeet versammelte Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes des Kantons Genf heute Abend mit 87 gegen 58 Stimmen bei einigen Enthaltungen beschlossen, für Sonnabend den Generalstreik zu erklären. Die Dauer des Streiks ist auf vierundzwanzig Stunden beschränkt worden.

Der Streik soll sich nicht auf die Eisenbahnen und die Post, wohl aber auf die sonstigen Verkehrsmittel und öffentlichen Betriebe erstrecken.

Gerüchweise verlautet am Abend, daß im Kantonal-Krankenhaus weitere Verletzte inzwischen gestorben sein sollen.

Als Antwort auf den Generalstreikbeschluss der Gewerkschaften hat die Genfer Militärverwaltung mitternacht die Mobilisierungsordres herausgegeben für die Genfer Regimenter und ein Landwehrregiment, die bisher nur in Alarmbereitschaft sich zu halten hatten. Von morgen früh 9 Uhr sind sämtliche Genfer Truppen unter Waffen in ihren Kasernen.

## Truppenkonzentration bei Genf

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 11. November.

Das Genfer Gericht hat am Freitagnachmittag den Antrag auf Freilassung des Sozialistenführers Ricole wegen des kriminellen Charakters seines Vergehens abgelehnt. Der Generalstaatsanwalt und der Vorsitzende wollten Ricole in heftigen Ausfällen die Verantwortung für die Opfer des 9. November aufladen, wogegen sich Ricole energisch verwahrte. Er bestritt auch jede andere ihm zur Last gelegte Äußerung.

Die Regierung des Kantons Waadt in Lausanne hat am Freitagnachmittag den Stab und die dritte Eskadron des berüchtigten Kavallerieregiments mobilisiert, das fast ausschließlich aus Bauernjähnen besteht und schon zweimal seit Kriegsende sich als bestes Kampfinstrument gegen Arbeiter industrieller Gebiete bewährt hat. Die Konzentration dieser Kavallerie erfolgt in Morges, eine Stunde von Lausanne nach Genf zu. Die Vermutung liegt nahe, daß sie weniger für die geringen Unruhen in Lausanne selbst als zur Verwendung in Genf am Sonnabend, dem Beerdigungstag der Opfer erfolgt ist. In Genf selbst ist bisher noch keine Mobilisierung der alarmierten Militärangehörigen befohlen worden.

## Naziabgeordneter verhaftet

### Aus seinem Auto wurde geschossen

Wuppertal, 11. November.

Von der Altkraier Kriminalpolizei wurde heute vormittag der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Keller festgenommen. In seiner Begleitung befand sich ein gewisser Trimborn aus Barmen, bei dem im Juni vergangenen Jahres ein Munitions- und Waffenlager gefunden wurde und der seit dieser Zeit flüchtig war und steckbrieflich gesucht wurde. Die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Keller erfolgte im Zusammenhang mit dem Vorfall in der Nacht zum letzten Sonntag, bei dem bekanntlich aus dem Auto des Abgeordneten Keller Schüsse auf Passanten und Polizei abgegeben wurden.

## Herrenputz!

### Sie wollen unter sich sein

Das deutschnationale Parteeigentum in Preußen, das als „kommissarische Regierung“ firmiert, hat eine Massenentlassung von Beamten vorgenommen, deren Zweck eindeutig ist. Die Verwaltung soll von allen Beamten gesäubert werden, die sich fest zur demokratischen Republik bekennen. Die preußische Verwaltung soll ein Reservatrecht der Deutschnationalen werden!

Dieser Umsturz in der preußischen Verwaltung erfolgt auf der Grundlage des Artikels 48 zur „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“, gestützt auf die Notverordnung des Reichspräsidenten. Damit ist nicht nur der Charakter des kommissarischen Regiments, sondern auch die politische Linie des Reichspräsidenten eindeutig bestimmt.

„Zweite Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung“ nennt sich der am Freitag erschienene neueste Erlass des preußischen Staatskommissars. Mit einem einzigen Federstrich werden in der preußischen Zentralverwaltung nicht weniger als 140 Referate aufgehoben, um die „geschäftliche Betätigung in den Ministerien einzuschränken, straffer zu gliedern“. Alles zu dem Zweck: „Geld zu ersparen!“

Boll Bewunderung über diesen Sparfuss einer hohen kommissarischen Obrigkeit wird der brave Bürger ausrechnen, daß damit auch 140 höhere preußische Beamte entlassen worden sind. Weit gefehlt! Der Amtliche Preußische Pressedienst zerdrückt im linken Auge eine Träne des Kummers über die wirtschaftliche Härte und das schwere Los, das die Entlassenen und ihre Familien betroffen habe. Das rechte Auge des Kommissars erzählt aber freudestrahlend: glücklicherweise hätten nicht alle 140 höhere Beamte entlassen werden müssen. Die „Geldersparnis“ beschränkt sich in der Tat nur auf 68 Personen, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind, und 25 Referenten wechseln in ein anderes Amt und verwechseln dadurch nur den Schreibtisch. Lesen wir aber die Namen der Gebliebenen und Entlassenen, so entkleidet sich der „Sparfuss“ der Herren Bracht und Papen so vollständig, daß nicht einmal ein Zwickel übrig bleibt. Naht und kahl demaskiert und enthüllt sich der Sinn dieser Verordnung und Entlassungen als die Politik der Rache, des Parteibuches und des Klassenkampfes.

Entlassen werden fast ausschließlich Angehörige der republikanischen Parteien, der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten. Entlassen sind eine ganze Zahl jener höheren Beamten, die zwar nicht das Prädikat des Akademikers tragen, aber wegen ihrer außergewöhnlichen Tüchtigkeit von der Weimarer Volksregierung in ihr Amt eingesetzt wurden. Im alten wilhelminischen Staat hätten sie nur mittlere Beamte werden können, trotz aller Kenntnisse, Erfahrungen und Leistungen; so, wie ja auch in der kaiserlichen Armee der befähigste und beste Soldat keine Offiziersuniform tragen konnte, wenn er nicht das „Einjährige“ bejah oder den Drill einer Kadettenchule hinter sich hatte. Die Republik hat dieses, auch in der Verwaltung und im Beamtenheer geltende Dreiklassenunrecht zugunsten des Volkes und zum Wohl des Staates beseitigt. Dem Tüchtigen war freie Bahn geschaffen. Jetzt kehren wir zurück in das selbige Zeitalter des Korpsstudenten, der Kadettenanstalt und der Bürger zweiten und dritten Ranges. Der Dreiklassenstaat ersticht wieder wie zu Wilhelms Zeiten! Der Studentenschmick, die Mitgliederschaft in



einem feudalen Korps sollen wieder den Befähigungsnachweis für ein höheres Amt bilden!

Als das alte System zusammenbrach an der grandiosen Unfähigkeit seiner Minister und seiner Verwaltung, rief fünf Minuten vor zwölf der Reichszentraler von Bethmann Hollweg aus: Freie Bahn dem Tüchtigen! Die Republik hat freie Bahn geschaffen — jetzt gelistet es dem deutschnationalen Parteiregiment wieder nach dem alten System mit seinem hochmütigen Kastengeist und seiner Abperrung vom Volke!

Doch der Haß gegen die Republik sich gegen sozialdemokratische, demokratische und dem Zentrum angehörende Beamte kehrt, kennzeichnet den parteipolitischen Charakter dieser Maßregelung. Doch daneben aber Dutzende von Beamten gemahregelt werden, deren einziges Verbrechen es ist, daß sie aus dem mittleren Beamtenstand emporgestiegen sind, das enthält den Klassenkampfcharakter des Beamtenstubs!

Die Herren Barone wollen mit ihren Anhängern unter sich sein! Ihre Kreise soll keiner stören, der sich emporgearbeitet hat. Sie wollen zurück hinter Bethmann Hollweg.

Wenn sie sagen: Verfassungsreform, so meinen sie Klassenwahlrecht, Diktatur des feudalen Besitzes! Wenn sie sagen Reichsreform, so meinen sie Vorherrschaft des ostelbischen Junkertums! Seht nach Preußen! Hier wird vorgeführt, wie die Barone sich die Verfassungsreform und die Reichsreform denken!

Die Herren wollen unter sich sein. Sie wollen den Staat als ihre Domäne, sie wollen ihn als den Feind des arbeitenden demokratischen Volkes, sie wollen die Werttätigen ausschließen von seiner Verwaltung. Hochmütig, aber unfähig, reaktionär bis auf die Knochen, nach dem Muster der Herrenhausjunker des alten Systems. Sie wollen wieder sagen können:

Mang uns mang ist teener mang,  
der nicht mang uns mang gehört.

Aber die Herren sind zu eifrig in ihrem Bestreben, dem Volke zu zeigen, was sie unter „nationaler Konzentration“ verstehen! Sie geben damit dem Volke eine Lektion, die bitter, aber lehrreich ist. Sie zeigen ihm, wie's gemacht wird! Eines Tages wird das Erwachen für die Barone aus ihrem Laumel der „nationalen Konzentration“ erfolgen — und dann wird das Volk beweisen, daß es gekert hat!

## Gegen die Barone

Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion

Die von der sozialdemokratischen Fraktion angeforderten Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen im Preussischen Landtag liegen nunmehr vor. Sie haben folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 25 der Preussischen Verfassung wird ein Untersuchungsausschuss von 29 Mitgliedern eingesetzt, der den Auftrag hat, die Vorbereitungen, Zusammenhänge und Methoden zu untersuchen, die bei der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wirksam geworden sind.

Es wird ein Untersuchungsausschuss von 29 Mitgliedern auf Grund des Artikels 25 der Preussischen Verfassung eingesetzt. Der Ausschuss wird beauftragt, zu untersuchen, nach welchen Grundsätzen die Personalpolitik des Reichskommissars in Preußen allgemein betrieben wird, nach welchen Gesichtspunkten im einzelnen er Versetzungen, Abberufungen, Beurlaubungen und Versetzungen von Beamten in den einstweiligen Ruhestand sowie Beförderungen und Ernennungen durchführt.

In einem dritten Antrag verweist die sozialdemokratische Fraktion auf den vom Untersuchungsausschuss zur Prüfung der über die preussische Polizei gemachten Beschwerden gefassten Beschluß, daß die äußerlich erkennbare Verantwortung für die verfassungswidrige erfolgte Durchführung von Räumungen des Reichstags und von Schranken der Abgeordneten der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums, Regierungsrat v. Werdner, trage. Der gleiche Beamte, dessen Handeln Reichskommissar und Landtag gleichermaßen als verfassungswidrig ansahen, sei wenige Wochen nach dieser Amtshandlung zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Bielefeld ernannt worden. Die Fraktion verlangt vom Landtag folgende Feststellung:

„Die Voraussetzung zur Erhaltung von Sicherheit und Ordnung, zu deren angeblich notwendiger Wiederherstellung der Reichskommissar eingesetzt worden ist, ist die Achtung vor der Verfassung und ihre sorgfältige Beachtung. Die Beförderung eines Beamten, der verfassungswidrig gehandelt hat, und seine Betrauung mit der Leitung eines hohen Amtes widerspricht aufs schärfste dem Auftrag, zu dessen Durchführung der Reichskommissar vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eingesetzt worden ist.“

# Kulturabbau der Barone

Zerschlagungsarbeit der Autoritären

Durch den Rundfunk haben die republikanischen preussischen Ministerialbeamten gestern abend zuerst erfahren, daß sie „in den einstweiligen Ruhestand“ versetzt sind. Man hat mit der Benachrichtigung des Publikums nicht gewartet, bis die Betroffenen selbst informiert seien. Die „autoritäre Staatsführung“ will zeigen, daß sie schnell arbeiten kann, wenigstens als — Kauschmeister!

Die Funk — nageleimte Entlassenenliste gibt besonders nach der Unterredung, die Papen gestern mit Otto Braun über die „lokale Durchführung des Staatsgerichtsurteils“ hatte, zu mancherlei Betrachtungen Anlaß. Es muß deutlich die absichtliche Zerschlagung aller an Republik gemahnenden Einrichtungen des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gekennzeichnet werden. Allein in diesem Ministerium sieden der Abbau der „Autoritären“ u. a. zum Opfer:

Ministerialdirektor Jahnke, der Staatspartei nahestehend, der seit dem Ministerium Haenisch am Ausbau des höheren Schulwesens beteiligt war;

Ministerialrat Dr. Garde (Sozialdemokrat), der Präferenzreferent war und die Angelegenheiten der Studienassessoren und Referendare betreute;

Ministerialrat Bede (Sozialdemokrat), der auf dem Gebiete der Erwachsenenbildung (Volkshochschulen, Volksbibliotheken und dergl.) hervorragendes leistete;

Ministerialrat Prof. R. Woldt (Sozialdemokrat), der der Universitätsabteilung angehörte, dort vor allem die wissenschaftliche Fortbildung der Arbeiter, Angestellten und Beamten betreute — zu seinem Referat gehört auch die Akademie der Arbeit in Frankfurt — und die Tarifangelegenheiten der Arbeiter und Angestellten im Universitätsbereich zu bearbeiten hatte;

Die Ministerialräte Keßtenberg und Seelig — beides Sozialdemokraten —, die seit Jahren die Kunstabteilung leiteten.

Der Abbau aller dieser leitenden Ministerialbeamten bedeutet mehr als nur ein Wechsel der Personen, er bedeutet das völlige Zerschlagen eines bildungsrechtlichen Systems! Nach Meinung des früheren deutschnationalen Abgeordneten und jetzigen Reichskommissars für preussische Bildungsan-

gelegenheiten — dessen Tätigkeit „zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung“ so notwendig ist, daß er mit Hilfe des Art. 48 verordnet werden mußte! — nach Meinung dieses Herrn Rähler sind Volksbildungsstätten, wie Volksbüchereien, Volkshochschulen, Fortbildung für Arbeiter, Angestellte und Beamte einfach nicht notwendig. Deshalb werden sie ebenso erledigt wie die Kunstabteilung, aus der die letzten Fachleute entfernt und nur Verwaltungsjuristen übrig gelassen werden.

Dieser „Bereinsachungsakt“ richtet sich, auch in den anderen Ministerien, so offenkundig gegen die republikanische Tendenz der Gemahregelten, das Herr Rähler offen zugestand die gegenwärtige kommissarische „Autorität“ wüßte nicht Bindungen“, wie sie Sozialdemokraten zu haben pflegen.

Nach den „lokalen“ Besprechungen Papens mit Braun folgt die brutale Zerschlagung aller Bindungen der preussischen Ministerien an die Kulturwelt der Arbeiterbewegung!

Das soll festgehalten werden!

## Zuchthaus für Reichenbach

Sühne für den Nazimordversuch an einem SPD.-Redakteur

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 11. November.

Im Reichenbacher Attentatsprozess wurde am Freitag gegen 19 Uhr das mit großer Spannung erwartete Urteil gefällt. Es wurden verurteilt der Angeklagte Polomski wegen versuchten Verbrechens gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes und wegen versuchten Mordes zu einem Jahr Zuchthaus und der Angeklagte Wagner wegen versuchten Verbrechens gegen § 5 und wegen Verbrechens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes, wegen versuchten Mordes sowie wegen Vergehens gegen § 1 der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 zu fünf Jahren einer Woche Zuchthaus. Ferner wurden verurteilt der Angeklagte Heines wegen Begünstigung zu sechs Monaten Gefängnis und die Angeklagten Sahn, Staats- und Kauscher ebenfalls wegen Begünstigung zu je vier Monaten Gefängnis. Gegen den Angeklagten Wolter erkannte das Sondergericht auf Freispruch.

Heines bekam nach seiner Verurteilung wieder einen seiner bekannten Tobfuchtsanfalle. Er schrie in den Saal, er sei Mitglied des Ausschusses für Volksrechte und

protestiere gegen dieses Urteil, das null und nichtig sei. Der Staatsanwalt erhob sofort gegen das unerhörte Auftreten des hysterischen Naziterroristen Einspruch und beantragte eine weitere Haftstrafe gegen Heines wegen Ungebühr vor Gericht.

## Hohe Zuchthausstrafen gegen Kommunisten

Bremen, 11. November.

Im Bremer Sprengstoffprozess wurden verurteilt wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz der Angeklagte Förster zu einer Gesamtzuchthausstrafe von acht Jahren, der Angeklagte Friedrichsen zu sechs Jahren sechs Monaten Zuchthaus, der Angeklagte Hermann zu einer Gesamtzuchthausstrafe von fünf Jahren sechs Monaten, der Angeklagte Köster zu fünf Jahren sechs Monaten Zuchthaus, der Angeklagte Gmolarczyk zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr, der Angeklagte Heilvogt zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus.

Bei den Verurteilten handelt es sich um Kommunisten, die am 10. Juli 1932 in der Nähe von Bremen mit Bomben angetroffen wurden, die sie auf vorbereitende Nationalsozialisten werfen wollten. Durch eine der Bomben wurde ein Polizeibeamter getroffen.

## Die Heße gegen Brolat

Was ist mit dem angeblichen Meineidsverfahren

Die Hugenberg'sche Telegraphen-Union hatte unmittelbar nach der Mitteilung, daß das Verfahren wegen Begünstigung gegen den Genossen Brolat eingestellt sei, gemeldet, daß gegen Brolat noch ein Ermittlungsverfahren wegen Meineids schwebt. Mit dieser Mitteilung sollte offensichtlich die Rehabilitierung Brolats verdunkelt werden. Ueber dieses angebliche Ermittlungsverfahren wegen Meineids konnten weder Brolat noch sein Rechtsbeistand an amtlicher Stelle etwas feststellen. Der Justizpressestelle war von einem Meineidsverfahren nichts bekannt, sie teilte in bezug auf die Meldung der Telegraphen-Union mit, daß ein Ermittlungsverfahren „in dieser Form“ jedenfalls nicht eingeleitet sei.

Brolats Rechtsbeistand Dr. Nübel teilt dazu mit:

„Bei den häufigen Besprechungen, die ich im Laufe der letzten Monate mit den bearbeitenden Herren der Staatsanwaltschaft I geführt habe und die, wie ich gern anerkenne, nur rein sachlichen Charakter hatten und mit aller Offenheit geführt werden, ist niemals auch nur eine Andeutungsweise davon die Rede gewesen, daß in irgendeinem Punkt der Verdacht des Meineids bestehe. Die Distuffon hat sich vielmehr in letzter Zeit nur um den einen Punkt gedreht, ob in der Tatsache, daß Brolat den Direktoren der Stadtbank und anderen Personen geraten hat, ihre Kleiderrechnungen bei der Firma Keller u. P. durch zu begleichen, etwa eine Begünstigung, nicht der Sklarens, sondern der Stadtbankdirektoren, erblickt werden könne. Ich habe hierbei stets den Standpunkt vertreten, daß ganz unabhängig von dem tatsächlichen Gang der Dinge schon aus rechtlichen Gesichtspunkten gar nicht eine strafbare Begünstigung begangen werden könne.“

Diesem Standpunkt hat sich nach eingehender Prüfung die Staatsanwaltschaft angeschlossen und mir nach eingehender sachlicher Prüfung schließlich erklärt, daß man zu dem Ergebnis gekommen sei, das Verfahren gegen Brolat aus rechtlichen Erwägungen einzustellen. Es ist auch hierbei mit keinem Wort angedeutet, daß sich die Einstellung nur auf einen Teil des Verfahrens gegen Brolat bezieht, sondern lediglich einschränkend hinzugefügt, daß die Begründung des Beschlusses noch abgeseht werde.“

Ganz offensichtlich werden neue Verdächtigungen gegen den Genossen Brolat in die Welt gesetzt, die Brolats Rehabilitierung vertuschen sollen. Von einer bisher unbekanntem Stelle wird der Versuch gemacht, die niederträchtige Heße gegen den Genossen Brolat weiter fortzuführen und mit nicht beweisbaren Behauptungen neu zu beleben. Warum kommen die Heßer nicht hervor mit einer klaren Anschuldigung? Die Methode der Verleumdung ist in ihrer ganzen Abscheulichkeit durchsichtig genug!

## Konkordat in Baden

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Karlsruhe, 11. November.

Die badische Regierung hat am Freitag den Text des Konkordats veröffentlicht, das sie mit der katholischen Kurie in Rom abgeschlossen hat und das nun dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt wird. Das Konkordat enthält 12 Artikel, in denen insbesondere Organisationsfragen der katholischen Kirche geregelt und festgelegt werden. An den zur Zeit des Vertragsabschlusses in Baden geltenden Rechtszuständen wird durch den Vertrag nichts geändert.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat beschlossen, sich bei der Beschlussfassung über das

Konkordat der Stimme zu enthalten. Die Fraktion begründet ihre Haltung in folgender Erklärung: „Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat am Freitag, dem 11. November, zur Frage der demnächst dem Landtag vorgelegten Konkordats Stellung genommen. Da mit der evangelischen Kirche die Verhandlungen noch schweben, lag der Beratung lediglich der Entwurf mit der katholischen Kirche zugrunde. Nach eingehender sachlich geführter Beratung wurde von der Landtagsfraktion einmütig anerkannt, daß auch jetzt noch der am 24. Oktober gefasste Beschluß des Parteiausschusses zusammen mit der Landtagsfraktion für sie bindend ist. Jener Beschluß ging dahin, daß die Landtagsfraktion dem Konkordat die Zustimmung verweigern soll. Ausdrückliche Ablehnung war also nicht verlangt worden. Wenn auch anerkannt werden muß, daß der Inhalt des Konkordats die Staatsinteressen berücksichtigt, so war doch die Fraktion verpflichtet, den genannten Beschluß einzuhalten. Seit die Sozialdemokratische Partei maßgebend an der Regierung beteiligt ist, hat sie gegenüber Klärungsfragen einen neutralen Standpunkt eingenommen. Sie glaubt gegenüber dem vorliegenden Konkordat die bisher eingenommene Haltung beibehalten zu sollen und hat deshalb beschlossen, sich bei der Abstimmung über das Konkordat der Stimme zu enthalten.“

## Erfolgreiche Judenheße

Erfolg der Breslauer Radaustudenten

Die Breslauer antisemitischen Studenten, die am Donnerstag die Vorlesungen des ordentlichen Professors Dr. Cohn gestört hatten, haben am Freitag eine Entschließung gefasst, in der sie die kommissarische Preußenregierung auffordern, Cohn abzusetzen. Der sogenannte „Waffenring“ erklärt, daß er die Radaudemonstrationen gegen Prof. Cohn fortsetzen werde.

Der Rektor der Breslauer Universität hat unter diesem Druck am Freitag die Vorlesungen von Prof. Cohn eingestellt!

Die antisemitischen Radaustudenten beehren die kommissarische preussische Regierung mit ihrem ganz besonderen Vertrauen und hoffen auf Unterstützung ihrer antisemitischen Radaubewegung!

## Zeitungsverbot aufgehoben

Wildes mißglücktes Debut

Der Nazigeschäftsführer und zum Staatskommissar von Birkenfeld neuernannte Herbert Bild hatte unser Parteiblatt in Oberstein, den „Rahetal-Boten“ gemäß § 6 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 auf die Dauer von 14 Tagen wegen angeblicher böswilliger Verächtlichmachung seiner eigenen Person verboten.

Auf die durch den Rechtsanwalt Dr. Reumann-Berlin eingelegte Beschwerde hat nunmehr das Reichsgericht das Verbot als unbegründet aufgehoben.

Die Nachricht, daß der verantwortliche Redakteur und der Verleger unserer Parteizeitung „Rahetal-Bote“ vom Amtsgericht wegen Verbreitung der verbotenen Zeitung zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden sind, ist unrichtig. Der verantwortliche Schriftleiter, Genosse Füllenbach, ist vielmehr freigesprochen worden. Das Urteil gegen den Geschäftsführer unseres Parteiverlages ergeht erst in etwa vier bis fünf Tagen. Es ist anzunehmen, daß auch er freigesprochen werden wird.

Schulreaktion in Anhalt. Das anhaltische Staatsministerium erläßt eine Verordnung, durch die das gleich nach der Revolution für die anhaltischen Schulen eingeführte System der kollegialen Schulleitung beseitigt und das frühere System der Schulleitung und Direktoren wieder hergestellt wird.



# Nazis wollten im Juli putschen

Neue Enthüllungen im Altonaer Prozeß

Hamburg, 11. November.

In dem Prozeß gegen die 40 SS-  
Leute aus Schleswig-Holstein vor dem Altonaer  
Sondergericht werden durch die Zeugenaussagen  
die Vorgänge in der Nacht zum 1. August 1932,  
in der auf Anordnung des Standartenführers  
und Reichstagsabgeordneten Moder an zehn  
Orten der Provinz Handgranatenanschläge verübt  
wurden, immer klarer. Aber auch die politischen  
Motive der Taten erfahren eine gründliche  
Klärung. So wurde am Freitag von ver-  
schiedenen Zeugen bestätigt, daß den SS-  
Leuten sowohl von dem Standartenführer Moder als  
auch von den einzelnen Unterführern bei ver-  
schiedenen Besprechungen versichert wurde, daß  
durch die Ausführung der Attentate, die in ganz  
Deutschland vorbereitet wurden, politische Un-  
ruhen hervorgerufen werden sollten. Bei diesen  
Anruhen sollte dann die Reichswehr zusammen  
mit der SS. und SA. eingeleitet werden. Auf  
diesem Wege wollte die NSDAP. zur Macht  
gelangen. In allen Besprechungen wurden die  
SS-Leute aber auch darauf hingewiesen, daß  
General Schleicher für diesen Plan gewonnen sei  
und das Vorhaben bestimmt klappen würde.

Von allergrößtem Interesse war die  
Vernehmung des Schiffreeders Lohse aus Rends-  
burg, der bis zum 15. August 1932 der Führer  
des SS-Sturmabannes II/4 war. Lohse soll bei  
den Vorbereitungen über die Attentate und  
auch seine SS-Leute vor jeder Ungeheuerlichkeit  
gewarnt haben. Tatsächlich kamen in seinem Be-  
zirk keine Handgranatenanschläge zur Aus-  
führung. Lohse wurde seines Amtes enthoben.  
Bei den beschlagnahmten Akten befand sich ein  
Sonderbefehl der IV. SS-Standarte vom  
15. August 1932, der von dem Führer und  
Reichstagsabgeordneten Moder unterzeichnet ist.  
Darin wird mitgeteilt, daß Lohse seiner Dienst-  
stellung enthoben und gleichzeitig aus der Liste  
der SS. gestrichen sei. In dem Befehl wird  
weiter angeordnet, daß dem ehemaligen SS-  
Sturmführer Lohse keine Mitteilungen mehr zu  
machen sind und daß darüber hinaus jeder private  
Verkehr mit ihm abzubrechen sei. Die Stürme  
des Sturmabannes II/4 wurden der Standarte  
direkt unterstellt.

In der Vernehmung, die zunächst unbeeidigt  
erfolgt, weigert sich Lohse, die Gründe für seine  
Dienstenthebung anzugeben, wie er auch be-  
kennet, an den Führerbesprechungen teil-  
genommen zu haben. Der Angeklagte Moder  
gibt dem Gericht die Erklärung ab, daß die  
Maßnahmen gegen Lohse nur aus „harmlosen  
organisatorischen Gründen“ erfolgt seien.

Der als Zeuge vernommene Chauffeur des  
Standartenführers Moder weigert sich, irgend-  
welche Auskunft auf die Fragen des Vorsitzenden  
zu geben. Der Kriminalsekretär Christianen-  
Rendsburg sagt aus, daß er auf Grund der  
Angaben des angeklagten SS-Mannes Heeschen  
einige Tage nach den Handgranatenanschlägen in  
dem Garten des SS-Lokals Schützenhof in  
Rendsburg noch weitere neun Stielhandgranaten,  
drei Pistolen U.S. Walther- und Mauerpistolen  
und einen größeren Vorrat von Munition ge-  
funden habe, die dort vergraben waren.

Anschließend wird der Zeuge Thomsen ver-  
nommen, der sich der Staatsanwaltschaft zur Ver-  
fügung gestellt hat, um als ehemaliges Mitglied  
der Altonaer SS., der er bis vor wenigen  
Wochen angehörte, Aussagen über die Hand-  
granatenattentate zu machen.

Ehe dieser Zeuge im Saal erschien, machte der  
Vorsitzende die Angeklagten darauf aufmerksam,  
daß bei den geringsten Störungen während der  
Vernehmung von Thomsen sofort polizeiliche  
Maßnahmen ergriffen würden. Weiter ordnete  
er an, daß während der Vernehmung zu beiden  
Seiten des Zeugenstuhles sich Polizeibeamte  
postierten, um eventuelle Ausschreitungen der  
angeklagten SS-Leute gegen ihren früheren  
Kameraden zu verhindern.

Diese Maßnahme wird aber wieder rückgängig  
gemacht, als der Rassistendliche Freisler und der  
Standartenführer Moder für eine reibungslose  
Durchführung der Verhandlung die Garantie  
übernehmen. Der Zeuge Thomsen bittet zunächst  
das Gericht, etwas über die Motive seiner Aus-  
sagen, die er aus genauester Kenntnis der Dinge  
macht, sagen zu dürfen. Er führte aus: Von  
1921 bis 1926 gehörte ich zum Freikorps Roh-  
bach und kam dann zur NSDAP. und zur SS.  
Hier erlebte ich aber gleich zu Anfang Ent-  
täuschungen über Enttäuschungen.  
Die Arbeiter wurden immer nur als Stimmvieh  
behandelt, und Standartenführer Moder erklärte

selbst einmal: die Handarbeiter sind nicht fähig  
zum Führen. Sie müssen nur gehorchen.“ Die  
SS- und die SA-Leute mußten immer die  
Kassanien aus dem Feuer holen und sich die  
Knochen kaputt schlagen lassen, während die Führer  
sich im Hintergrunde wählten. (An dieser Stelle  
unterbricht der nationalsozialistische Verteidiger  
den Zeugen und macht das Gericht darauf auf-  
merksam, daß diese Dinge nicht zur Verhandlung  
standen.) Das Gericht bittet den Zeugen über,  
fortzufahren.

Er weiß dann weiter darauf hin, daß in der  
ganz nationalsozialistischen Bewegung eine  
Bonzenwirtschaft allerhöchster  
Art herrsche, die nicht mehr zu bremsen sei.  
Er selbst habe mit zahlreichen Beschwerden über  
Mißstände gar nichts erreicht. Aus diesem  
Grunde habe er sich entschlossen, restlos die  
Wahrheit zu sagen. Inzwischen sei er auch aus  
der SS. ausgeschlossen worden. Einer anderen  
politischen Partei gehöre er nicht an. Er wolle  
von der Politik nichts mehr wissen.

In seinen sachlichen Angaben berichtet der  
Zeuge über die Vorbereitungen für das Attentat  
auf ein kommunistisches Partei-  
lokal in Altona und über das nicht zur  
Ausführung gekommene Attentat auf das Altonaer  
Gewerkschaftshaus. Er nennt die Täter, die ihm  
selbst nach der Tat von dem Verlaufe des Hand-  
granatenanschlags erzählt hätten, und berichtet  
weiter, daß ihm der SS-Mann Clausen erzählt  
habe, daß er von dem Standartenführer Moder  
den Auftrag bekommen habe, einen KPD- und  
einen SPD-Führer zu erschließen.

Nach diesen Bekundungen, die im Gerichtssaal  
mit allergrößter Aufmerksamkeit aufgenommen  
wurden, schloß die Freitagsverhandlung ab. Am  
Sonntag wird mit der Vernehmung der von  
der Staatsanwaltschaft geladenen weiteren Zeugen  
fortgefahren.

## Der Bullerjahn-Prozeß

Zeugenvernehmungen in Leipzig

Im Bullerjahn-Prozeß wird in der Nach-  
mittags Sitzung die Zeugenvernehmung  
fortgesetzt. Sie ging wie bisher in die kleinsten  
Einzelheiten hinein, ohne daß daraus erschichtlich  
wird, warum Bullerjahn verdächtigt und ver-  
urteilt worden ist. Es wurde zunächst  
Direktor Gebauer vernommen. Es  
ergaben sich dabei Unstimmigkeiten gegen-  
über seinen 1925 vor dem Reichsgericht abgege-  
benen Aussagen. Gebauer kann sich an vieles  
nicht mehr erinnern, obgleich ihm Buller-  
jahn vorhält, daß auf Gebauers Anordnung im  
Sommer 1924 einige tausend Gewehrläufe um-  
geräumt wurden. Ein anderer Zeuge, der Lager-  
arbeiter Kaufmänn, bestätigt, daß beim  
Transport von Gewehrmaterial, der  
sich mehrere Monate hinzog, jeder, der am dem  
offenen Karren vorbei kam, die Gewehrteile  
sehen konnte.

Anschließend wird der Kriminalassistent  
Pittellok vernommen, der am 23. Dezember  
1924 die Beobachtung des französischen Leutnants  
Jost übernahm, um festzustellen, ob er sich mit  
Angestellten der Berlin-Karlsruher Industriewerke  
traf. Der Zeuge hatte den Ueberwachungs-  
beamten Schmidt mitgenommen, der die Leute des  
Werkes kannte. Die Beobachtungen verliefen aber  
ergebnislos. Leutnant Jost traf sich nach den Fest-  
stellungen des Zeugen in einem Café am Pots-  
damer Platz zum Teil mit weiblichen Personen, oft  
vier bis fünf am Tage. Nur einmal traf er sich  
mit einem Kellner, der von ihm, dem Zeugen,  
auch festgestellt werden konnte.

Eine Frage des Vorsitzenden, ob ermittelt

## Der Sieg der „Nassen“



Wie die deutsche Alkoholindustrie eine Ankurbelung erhofft.

worden sei, daß Leutnant Jost Spionage trieb,  
verneint der Zeuge und bekundet dann weiter:  
Die Beobachtungen wurden fortgesetzt. Als dann  
Spaltet Bullerjahn am 7. Januar am Horstweg  
beobachtet hatte, verfaßte ich am 15. Januar auf  
Grund meiner eigenen Beobachtungen und der  
mir von den übrigen Ueberwachungsleuten mit-  
geteilten Beobachtungen einen Bericht an  
die Abteilung I A des Polizeipräsidiums,  
in dem der Verdacht gegen Buller-  
jahn als genügend begründet be-  
zeichnet wurde.

Vorf.: Weshalb wurde der Bericht erst am  
15. Januar verfaßt?

Zeuge: Weil die Beobachtungen auch nach  
dem 7. Januar noch fortgesetzt wurden. Es  
wurde allerdings nichts mehr fest-  
gestellt.

Später war der Zeuge in dieser Sache nicht  
mehr tätig. Auf Befragen erklärt er, davon, daß  
Bullerjahn sich am 23. Dezember angeblich den  
Berratsklub von Leutnant Jost geholt habe, nichts  
zu wissen. Darauf hingewiesen, daß nach dem  
Bericht vom 15. Januar dies von einer un-  
bekannten Vertrauensperson be-  
kundet worden sei, erklärt der Zeuge: Wenn ich  
das damals geschrieben habe, dann stimmt es auch.  
Heute kann ich mich nicht mehr er-  
innern. Wahrscheinlich hat mir Pagenstecher  
davon erzählt.

## Spargelder für Nazis

Sparkassengelder

für „Völkischen Beobachter“

Wir erhalten folgende Berichtigung:

„Unter dieser Ueberschrift hat der „Vorwärts“  
am 30. Oktober 1932 einen Artikel über die Stadt-  
Sparkasse Coburg veröffentlicht, der unwahre Be-  
hauptungen enthält:

Wahr ist, daß im Jahre 1930 das Münchener  
Buchgewerbehaus Müller u. Sohn von der Stadt-  
Sparkasse Coburg ein Darlehn erhalten hat. Zu  
der damaligen Zeit stand an der Spitze der Stadt  
Coburg Herr 1. Bürgermeister Ueberführ, wäh-  
rend der heutige Herr 1. Bürgermeister Schwede  
damals nicht einmal dem Verwaltungsausschuß der  
Stadt Sparkasse Coburg angehörte und daher auch  
nicht den geringsten Einfluß auf die Geschäfts-  
führung der Stadt Sparkasse ausüben konnte.

Es ist nicht wahr, daß dieses hypothetische

Darlehn im Vergleich zu den Mitteln und dem  
Einlagenstand der Stadt Sparkasse Coburg außer-  
ordentlich hoch gewesen sei. Wahr ist vielmehr,  
daß die Beleihung in vollständig einwandfreier,  
den Satzungen der Sparkasse entsprechenden Form,  
in einer Zeit erfolgt ist, in der die Sparkasse über  
Millionerbeträge flüssiger Mittel verfügt hat. Die  
Größe des Darlehns stand daher durchaus im Ver-  
hältnis zu den Mitteln und dem Einlagenstand der  
Stadt Sparkasse Coburg.

Es ist unwahr, daß die Stadt Sparkasse Co-  
burg andererseits Coburger Firmen Kredite ver-  
sagt hätte, so daß diese schließen und ihre Ar-  
beiter hätten entlassen müssen.

Stadt Sparkasse Coburg; gez. Eibl, Schmidt.  
Soweit die Berichtigung, auf die wir zurück-  
kommen werden.

## Staaten zahlen nicht

Ausfälle in Washington

Am 15. Dezember sind erhebliche Raten-  
zahlungen auf Darlehen fällig, die U.S.A. im  
Kriege an seine Alliierten, nach dem Kriege auch  
an besiegte Staaten gegeben hat. Die größte  
dieser Raten ist die britische. Aber es ver-  
läuft, daß die gestern in Washington überreichte  
Karte aus London nur die Bestätigung des bereits  
vereinbarten Zahlungsausschubs dieser  
Rate enthält.

Wenn sogar England nicht mehr zahlt, wird  
sich kaum jemand wundern, daß der Schatzsekretär  
in Washington das Ausbleiben der fälligen  
griechischen Zahlung von 444 920 Dollar be-  
kannntgibt. Griechenland scheint nicht einmal eine  
Benachrichtigung für nötig erachtet zu haben, denn  
Schatzsekretär Ogden Mills teilt gleichzeitig  
mit, dies sei der erste Fall, daß ein Land  
mit der Rückzahlung der Kriegsschulden in Verzug  
gerate.

Ungarn hat nach Washington wenigstens mit-  
geteilt, daß wegen Devisenmangel die am 15. De-  
zember fälligen 40 725 Dollar nicht kommen  
werden.

Paul Löbe in Wien. Auf dem am Sonntag  
beginnenden Parteitag der österreichi-  
schen Sozialdemokratie wird die Sozial-  
demokratische Partei Deutschlands durch den frühe-  
ren Reichstagspräsidenten Paul Löbe ver-  
treten sein.

# Beglaubigte Rundfunkreaktion

Die neuen Programmrichtlinien

Die Richtlinien der Regierung von Papen für  
die Gestaltung der Rundfunkprogramme werden  
jetzt bekannt. Sie sind das Dokument einer  
hundertprozentigen Kulturreaktion.  
„Das deutsche Volk“, heißt es darin, „ist ein  
christliches Volk. Der deutsche Rundfunk  
wahrt deshalb christliche Gesinnung und  
Besitzung... Er hat... das staatliche Den-  
ken und Wollen der Hörer zu formen und zu  
stärken. Die verehrungswürdigen aus der Ge-  
schichte des deutschen Volkes und des Deutschen  
Reiches überlieferten Güter sind in der  
Arbeit des deutschen Rundfunks zu achten und zu  
mehren. Seine Leiter und Mitarbeiter bejahen  
dieses geschichtliche Erbe. Wer die verant-  
wortungsvollen Bindungen an Volk und Staat  
nicht anerkennt, hat keinen Platz im deutschen  
Rundfunk.“

In einem weiteren Teil heißt es: „Die verant-  
wortliche Teilnahme an der Politik als der  
Sorge für das Gesamtwohl des Volkes legt das  
Wissen um unsere große und besondere Ge-  
schichte voraus. Darum soll der Rundfunk die  
Hörer über das Werden des deutschen Volkes  
und des Deutschen Reiches unterrichten und das

Gefühl für deutsche Art stärken... Die er-  
regenden Fragen der Zeit werden so behandelt,  
daß das Wohl des Ganzen gewahrt bleibt...  
Was in der Familie als anstößig empfun-  
den wird, ist zu vermeiden. Was das Christen-  
tum entwürdigt und die Sitte und Kultur des  
deutschen Volkes auflöst, ist vom Rundfunk aus-  
geschlossen.“

So weit die Richtlinien. Ihre reaktionäre  
gegen freihetliche, demokratische und sozialistische  
Denkart gerichtete Tendenz liegt auf der Hand.  
Aus ihnen spricht der Geist eines bewußten, un-  
duldfamen, hyperkonservativen Rationalismus mit  
monarchistisch-feudalen Traditionen. Sie legen  
noch einmal schriftlich fest, was unter dem Reichs-  
rundfunkkommissar Scholz im Rundfunk üblich ge-  
worden ist.

Es bleibt die Frage, wie sich diese Rundfunk-  
richtlinien nach der neuen Kompetenzver-  
teilung zwischen dem Reichskommissar  
und den Staatskommissaren der einzelnen  
Länder auswirken werden. Die Verhandlungen  
zwischen Reich und Ländern, die vor dem Abschluß  
zu stehen scheinen, haben zwar von den diktato-

rischen Machtansprüchen des Reichskommissars  
Scholz manchen Abstrich getan, so daß unter Um-  
ständen je nach der Kräfteverteilung in den ein-  
zelnen Ländern eine gewisse vernünftige Aus-  
legung der Richtlinien statthaben könnte, als  
Ganzes genommen sind sie jedoch unbefriedigend.  
Nach den neuen Vereinbarungen wird das Reich  
nicht mehr das Recht zur Ernennung der Staats-  
kommissare haben, sondern die Länder ernennen  
die Kommissare im Einvernehmen mit dem Reich.  
Die Ernennung der leitenden Persönlichkeiten bei  
den einzelnen Sendern geschieht durch die Gesell-  
schafterversammlung nach vorheriger Stellung-  
nahme des Reichskommissars, wobei zu beachten  
bleibt, daß die Reichsrundfunkgesellschaft bei jedem  
Sender mit 51 Proz. beteiligt ist. In den künftigen  
politischen Programmangelegenheiten  
haben Reich und Länder ein wechselseitiges Be-  
recht. In Zweifelsfällen muß die umstrittene Dar-  
bietung unterbleiben.

Kein Zweifel, daß diese Neuordnung, wenn sie  
wie ausgezeichnete Tatsache werden sollte, zu den  
bestimmten Reibungen führen muß. Die Regierung  
der Freiberren will es offenbar auf Nachkämpfe  
ankommen lassen.

## „Idomeneo“

Erstaufführung in der Lindenoper

Wozzaris Jugendwert ist leider auch durch  
Wallersteins dramatische Straffung und textliche  
Neufassung, ist auch durch Richard Straußens  
musikalische Bearbeitung nicht zu retten. Eine  
Bearbeitung übrigens, die den Organismus der  
opera seria zerstört, ohne etwas einleuchtend  
Neues an seine Stelle zu setzen. Fragwürdige  
Inszenierung durch Hörth, matte musikalische  
Interpretation (hier ist Blech ausgenommen)  
durch die Lindenoper, von der wesentlich mehr  
erwartet werden durfte. A. W.







# Unbekannte Soldaten der Justiz

## Im Schatten der Richter und Anwälte

Unsere Rechtspflege stützt sich, was wenig oder gar nicht bekannt ist, auf einen starken Ballstiller Männer im Hintergrund, die die Berge alltäglicher Arbeit abtragen und es so den Führern ermöglichen, erleichtert sich fast ausschließlich den schwierigeren Aufgaben zu widmen. In der Vorstellung der Rechtstuchenden gibt es auf der einen Seite nur den Richter, auf der anderen nur den Anwalt. Es seien nun einmal für das Publikum die sonst verschlossenen Türen zu den Hinterstübchen geöffnet, die sich an Richter- und Anwaltszimmer anschließen.

Im Hintergrunde der Richter sitzen die Rechtspfleger. Erst im Jahre 1921 kamen sie auf die Welt. Das Reichsgesetz, das sie aus dem Nichts schuf, gab den Landesjustizverwaltungen vertrauensvoll den Rahmen an, in dem sie die „Rechtspfleger“ zur Entlastung der Gerichte heranziehen dürfen. Entscheidend ist, daß sämtliche Aufgaben, die dem Rechtspfleger danach zugewiesen werden können, echte richterliche Geschäfte sind, Geschäfte also, die bis 1921 nur ein akademisch voll ausgebildeter Richter erledigen durfte. Die deutschen Länder haben sich dieser Ermächtigung in verschiedenem Maße bedient. In Preußen geht die Macht der Rechtspfleger recht weit. Sie sind es, die die jedem nur allzu bekannten Zahlungsbefehle erlassen, jene Aufforderungen, die schnell rechtskräftig und vollstreckbar werden, wenn der Betroffene nicht Widerspruch einlegt. Weit geht ihre Macht in der Zwangsvollstreckung; sie fassen die Beschlüsse über die Pfändung und Ueberweisung von Geldforderungen und Ansprüchen auf Herausgabe von Sachen. Die Pfändungsgrenze zu errechnen, die sich nach der Größe des Gehalts und der Zahl der unterstützungsberechtigten Angehörigen bemisst, ist das sozial verantwortungsvolle Amt des Rechtspflegers. Aber auch vom Gehalt abgesehen hat der Rechtspfleger die Prüfung, ob die Pfändung einer vollkommen unpfändbaren Forderung (gesetzliche Alimentenforderung, Mieterrechte, nicht rechtshängige Schmerzensgeldforderungen) oder einer nur unter gewissen Voraussetzungen und zu gewissen Teilen pfändbaren Forderung (Witwen- und Waisenspensionen, Militäreinkommen) vom Gläubiger begehrt wird, nach den verzwäiften Bestimmungen der Prozeßordnung und Verordnungsgefeße selbständig vorzunehmen. Er hat endlich die richtige Form zu wählen, in der die Pfändung auszuführen ist.

Der täglichen Erfahrung sind auch jene befristeten Einstellungen der Zwangsvollstreckung geläufig, die vorgebliche Eigentümer der in fremder Angelegenheit gepfändeten Sachen oder diejenigen beantragen, die auf Grund ihres Vermieterpfandrechts Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlös der Pfandobjekte erheben. Auch diese Einstellungsbeschlüsse, die das Leben des Gläubigers überraschend verdüstern und jenen zahllosen „Sicherheits“-Eigentümern unserer Tage ihre letzte ehrliche Rettung oder aber auch ihr an Schiedung grenzendes Herrschaftsrecht eine Weile noch sichern, erläßt der Rechtspfleger.

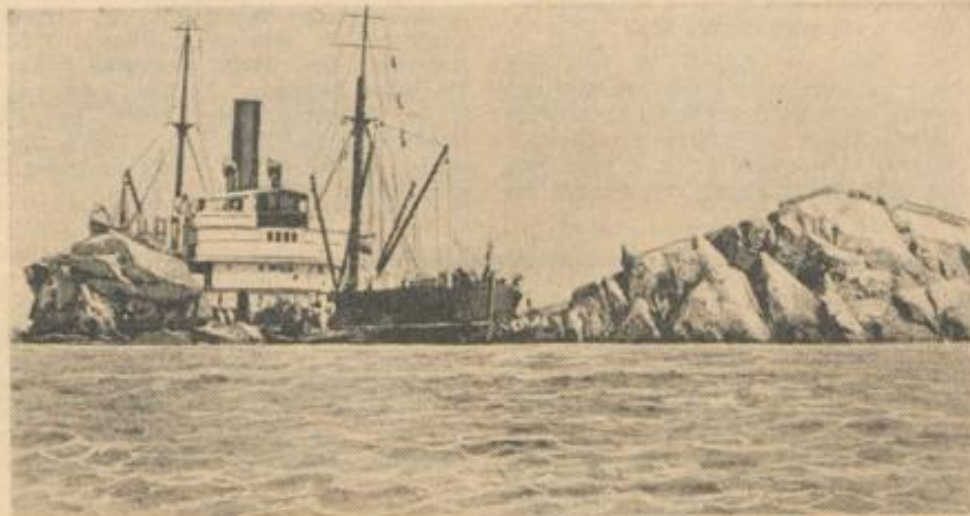
Auch Arrestaufhebungen nach Hinterlegung eines Geldebetrages durch den betroffenen Schuldner sowie fast alle gewöhnlichen Maßnahmen der Strafvollstreckung ruhen in seinen Händen. Freilich sprechen die Rechtspfleger nie das letzte Wort. Einwendungen können immer bei dem dem Rechtspfleger übergeordneten Gericht vorgebracht werden. Auch sind ihnen die gefährlichen negativen Entscheidungen wie die Ablehnung des Zahlungsbefehlsgefuhs und auch die Unterbrechung der Strafvollstreckung entzogen.

Auch der Rechtsanwalt hat ein Hinterstüb-

chen. Dort sitzt der Referendar. Gewiß, man sieht ihn auch manchmal während der Ausbildung unter den Fittichen des Richters sitzen. Aber während er hier fast immer nur Schüler ist, gewinnt er im Anwaltsbüro häufig größere Selbstständigkeit. Er wächst über den Zweck der Ausbildung hinaus, mit dem er in das Büro eintritt. Wenn der Anwalt einen Referendar über das Ausbildungshalbjahr als Hilfsarbeiter beibehält, wird dieser junge Mann zum Anwalt im Kleinen. Wer weiß denn, daß in manchen Prozessen alle Schriftsätze und Korrespondenzen vom Referendar entworfen werden und der Segen, den der Anwalt diesen Werken mitgibt, in nicht viel mehr als in seiner Unter-

schrift besteht? Gewiß, der Anwalt wird die großen Linien des Prozesses im Auge behalten, das übrige aber überläßt er sehr oft vertrauensvoll dem jungen Mann. Die jungen Männer füllen denn auch die Gerichtssäle der Amtsgerichte, zeigen sich sogar auf den Landgerichten und reden wie die Großen. Wachten sie ihre Sache nicht gut und geschickt, würde der Anwalt sie nicht gewähren lassen. Also verdienen sie es auch, daß sie einmal aus der Bescheidenheit des Hintergrundes hervorgezogen werden. Und dem sozial Denkenden wird es vielleicht lieb sein zu wissen, daß auch der Führer eines gewaltigen Anwaltsbüros seine Soldaten hat — seine heute noch unbekanntem Soldaten.

## Auf ein Riff gelaufen



Ein englischer Dampfer ist auf ein Riff an der chinesischen Küste gelaufen. Der Dampfer sank in kurzer Zeit. Passagiere und Mannschaft konnten durch englische Kriegsschiffe gerettet werden.

## Sonntag Kirchenwahl

### Sozialistische Wahlvorschläge

Für diejenigen evangelischen Parteigenossen, die sich ihr Kirchenwahlrecht gesichert haben, ist es von Wichtigkeit, zu wissen, in welchen Berliner Gemeinden zu den Wahlen am nächsten Sonntag ein sozialistischer Wahlvorschlag vorliegt, und wie der Spitzenkandidat heißt, der diesen Wahlvorschlag der „Religiösen Sozialisten“ kenntlich macht. Es sind folgende Gemeinden mit nachstehend genannten Genossen als Spitzenkandidaten:

Heilig-Kreuz, Wilhelm Hattendorf; Passion, Hermann Groffe; Charlottenburg-Trinitatis, Fritz Brühmann; Neukölln, Franz Lobel; Brig, Wilhelm Dubbert; Adlershof, Ferdinand Hirsch; Pantow-Hoffnungskirche, Otto Sauke; Zehlendorf, Max Gottschling; Tempelhof, Friedel Jahn; Steglitz, Willy Schönherr; Rudow, Oskar Heffler; Drewitz, Hauptlehrer Jäger; Gütergoy, Hermann Hochschulz.

## Vom Vorortzug getötet!

Beim Brückenbau der Reichsbahn in Zehlendorf auf der Höhe der Potsdamer Straße ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Unfall. An der Baustelle ist seit längerer Zeit eine

größere Arbeiterkolonne beschäftigt. Als gestern der 34 Jahre alte Arbeiter Willi Krüger aus der Danziger Straße einen Vorenzug bediente, überhörte er infolge des starken Geräusches einen in Richtung Wannsee fahrenden Vorortzug, trotz des Warnungssignales. K. wurde von der Lokomotive erfasst und auf der Stelle getötet.

## Der Ruf der Winterhilfe

### Wieder Kleidersammlung

Die Winterhilfe setzt ihre Kleidersammlungen fort. Die Reichswehr wird in folgenden Bezirken sammeln: Lichtenberg am 14. und 15. November, Zehlendorf am 17., 18. und 19. November, Kreuzberg am 22. und 23. November.

Wer aus irgendwelchen Gründen seine Spenden den Helfern nicht übergeben kann, sende sie direkt an die Geschäftsstelle der Berliner Winterhilfe, Berlin C. 2, Burgstraße 28; Fernsprecher D 1 Norden 1928.

Kempinski speist täglich unentgeltlich 500 Erwerbslose, die Engelhardt-Brauereien 270, die Löwen-Brauerei 200, das Shell-Haus 60 Erwerbslose. Am 12. November singt Frau Emmy Leisner Lieder von Schubert und Brahms, begleitet von Professor Bruno Walter, zugunsten der Berliner

Winterhilfe im Beethoven-Saal. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Am 18. November geben die Comedian Harmonists in der Philharmonie ein Konzert zum Besten der Berliner Winterhilfe. Am 18. November veranstaltet ferner die Schupps-Kapelle für die Berliner Winterhilfe ein Sinfoniekonzert in der Hochschule für Musik.

Geldspenden für die Berliner Winterhilfe werden erbeten auf das Postsparkonto Nr. 100 der Preussischen Staatsbank (für die Berliner Winterhilfe).

Der im preussischen Ministerium des Innern amtierende Reichskommissar hat sich in einem Erlaß an die staatlichen Polizeibehörden damit einverstanden erklärt, daß die staatlichen Polizeibehörden ihre Fahrzeuge mit Pferdebespannung, soweit es die Erfüllung der polizeilichen Aufgaben zuläßt, den örtlichen Organisationen der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege zur Durchführung des Winterhilfswerks im bedürftigsten Winter auf Antrag zur Verfügung stellen. Es ist zu erwarten, daß die übrigen Länderregierungen mit ähnlichen Erlässen folgen werden. Den Organisationen der Winterhilfe wird anheimgegeben, in geeigneten Fällen sich an die Schutzpolizei um entsprechende Mithilfe zu wenden.

## Tod Ludwig Hoffmanns

Geheimer Baurat Professor Dr.-Ing. h. c. Ludwig Hoffmann, Stadtbaurat und Ehrenbürger von Berlin, ist gestern abend im Alter von 80 Jahren an den Folgen eines erlittenen Schlaganfalls in seiner Berliner Wohnung verstorben.

In Ludwig Hoffmann verliert Berlin nicht nur einen Ehrenbürger, sondern einen Menschen, der auf die bauliche Entwicklung der Reichshauptstadt einen starken Einfluß ausgeübt hat. Ludwig Hoffmann wurde am 30. Juli 1852 in Darmstadt geboren. In jungen Jahren legte er, nach dem Besuch der Kunstakademie in Kassel, an der Berliner Bauakademie das Staatsexamen für den praktischen Staatsbaudienst ab. Die ersten Spuren als Regierungsbauführer verdiente er sich beim Bau der Kriegsakademie in Berlin. Er wurde mit dem Schinkelpreis ausgezeichnet. Kurz darauf kaufte das preussische Kultusministerium seinen Entwurf für die Bebauung der Museumsinsel an, und 1885 erhielt Hoffmann den ersten Preis bei der Konkurrenz für den Bau des Reichsgerichts in Leipzig, den er dann von 1886 bis 1895 ausführte. Nach Studienreisen durch West- und Südeuropa wurde Ludwig Hoffmann 1896 zum Stadtbaurat von Berlin ernannt. Viele Schulen, Ämter, Verwaltungsgebäude und Feuerwachen sind sein Werk. Zu seinen bedeutendsten Bauten aber gehören das Neue Berliner Stadthaus, das Märkische Museum, das Virchowkrankenhaus und die große Anlage der städtischen Krankenanstalten in Buch bei Berlin. Weiter leitete er die von ihm entworfene Bebauung der Museumsinsel und entwarf die Bebauungspläne für die Stadt Athen.

Kranzniederlegung am Ehrenmal. Im Auftrage der Deutschen Liga für Menschenrechte e. V., Berlin R 24, Monbijouplatz 10, hat eine Delegation gestern in den Vormittagsstunden am preussischen Ehrenmal einen Lorbeerkranz im Gedenken an die Toten des Weltkrieges mit der Aufschrift auf der weißen Schleife „Rie wieder Krieg“ niedergelegt.



Wo man hinkommt, gibt es „Saba“

Ob im Norden, Süden, Osten oder Westen, ob bei Tage oder des Nachts: Überall, zu jeder Stunde bekommen Sie Ihre „Saba ohne“, Berlins meistgerauchte Cigarette.





# Nazis vor dem Sondergericht

## Transportgefährdung mit Auto, Zement und Pistolen

Vor dem Sondergericht standen gestern zwei SA-Leute, der 24jährige Kaufmann Hans Brandt und der 24jährige Bauhofsler Wolfgang Lehner unter der Anklage der Transportgefährdung. Wenn Nazis derartiges unternehmen, so tun sie es gründlich mit allen Schikanen, wohl, wie der Nazianwalt es im Sondergerichtsprozess zum Ausdruck gebracht hat, um die Sache hinterher den Kommunisten in die Schuhe schieben zu können.

Der Angeklagte Brandt, im Vaden seines Vaters beschäftigt, also am Verkehrsstreifen vollkommen unbeteiligt, gab eine ebenso naive wie verlogene Schilderung der Vorgänge in der Nacht vom 4. zum 5. November. Er hatte am Tage mit seinem Vater das Auto seines Parteigenossen, des Herrn Erik von Wihleben, benützt und war zusammen mit diesem und seinem Vater am Abend, in der Naziverammlung in Schönholz gewesen, in der Goebbels sprach. Nach der Versammlung trat an ihn ein Parteigenosse heran, den er nicht kannte, und bat ihn, das Auto des Herrn von Wihleben auf 10 Minuten benützen zu dürfen. Brandt, der keinen Führerschein besitzt, sollte chauffieren. Der Angeklagte behauptet, den Parteigenossen wegen der Autobenutzung an Herrn von Wihleben verwiesen zu haben. Der Parteigenosse kam zurück und erklärte, er habe die Erlaubnis zur Benutzung des Autos erhalten. Man fuhr nun bei einem Café vor, wo einige weitere SA-Leute den Wagen

bestiegen. Wohin die Fahrt gehen sollte, wurde dem Angeklagten angeblich nicht gesagt.

Man fuhr nun an verschiedene Straßenbahnweichen heran, der Angeklagte Lehner stieg aus dem Wagen und goß Zement in die Schienen.

Als der Zement alle war, holte man sich neuen Vorrat, fuhr diesmal nach Reinickendorf-West und schüttete auch hier den Zement in die Weichen. Bei der Rückfahrt riefen zwei Polizeibeamte: Halt! Die Parteigenossen riefen dem Angeklagten zu, er solle weiterfahren. Plötzlich wurde geschossen. Ob die Schüsse aus dem Wagen kamen, kann der Angeklagte nicht sagen. Damit der Wagen nicht zerstört werde, wurde gehalten. Alle sprangen heraus und liefen auseinander. Er, Brandt, und Lehner wurden festgenommen.

Aus den Aussagen der beiden Polizeibeamten und des Chauffeurs, dessen Tage die Wachmeister beim Verfolgen des Autos benützt haben, ging hervor,

daß das Naziauto ohne Licht gefahren ist, daß noch aus dem fahrenden Wagen vier bis fünf Schüsse gefallen und daß weitere Schüsse von den Nazis beim Verlassen des Wagens abgegeben worden sind.

In der Nähe des Wagens ist dann eine Pistole gefunden worden und außerdem noch eine Patrone 6,35. Einer der beiden Wachmeister will in dem Zeugen von Wihleben den Chauffeur des Wagens wiedererkannt haben; er hatte, ganz deutlich wahrnehmbar, einen grauen Hut auf, wie

er später im Wagen gefunden wurde. Einen solchen Hut trug Herr von Wihleben auch gestern. Der im Auto gefundene Hut wurde Herrn von Wihleben im Polizeipräsidium anprobiert; er paßte.

Das Gericht beschloß nach längerer Beratung, den Zeugen von Wihleben wegen dringenden Verdachts der Teilnahme an den den Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen unvereidigt zu lassen, die Verhandlung bis Montag auszusetzen und sowohl den von der Verteidigung beantragten Zeugen zu laden, als auch dem anwesenden Vertreter der BSG, aufzugeben, darüber Feststellungen zu treffen, wann der Zement beiseite gebracht worden ist.

## Wieder hohe Zuchthausstrafen

Schließlich wurde die am Dienstag gegen die beiden Tiefbauarbeiter Weidemüller und Groener ausgelegte Sondergerichtsverhandlung zu Ende geführt. Die Sachverständigen der Straßenbahn und der Reichsbahn äußerten sich dahin, daß die von den Angeklagten in die Schienen gelegten Steine die Straßenbahn zur Entgleisung hätten bringen können. Der Staatsanwalt beantragte wegen vollendeter Transportgefährdung für jeden der Angeklagten 3 Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilte sie zu je 2½ Jahren Zuchthaus. Die Angeklagten, hieß es in der Urteilsbegründung, können von Glück sprechen, daß die Steine noch rechtzeitig bemerkt wurden und daß auf diese Weise ein großes Unglück verhütet worden sei.

## Die Toten von Kuba

### 1800 Sturmflutopfer

New York, 11. November.

Die Sturmflutkatastrophe in Kuba hat, wie sich jetzt herausstellt, viel schlimmere Folgen gehabt, als man bisher annahm. Die Zahl der Toten wird sehr verschieden geschätzt. Während einige Meldungen von 500 Toten sprechen, lauten andere Nachrichten auf 1800 Tote. Die Fischerstadt Camaguey ist von einer acht Meter hohen Springflut vollständig zerstört worden. Die Springflut drang acht Kilometer tief ins Land ein. Tausende von Flüchtlingen sind in Santa Cruz und den Nachbarstädten eingetroffen, wo alle Krankenhäuser überfüllt sind. Nahrungsmittel und Ärzte sind mit Flugzeugen hingebracht worden. Der Ernteschaden ist vorläufig noch gar nicht abzuschätzen.

Der Marineschlepper „Sciota“, der sich in Seenot befand, ist jetzt außer Gefahr. Zwei Jachtboote leisten ihm Hilfe.

## Zwei Alkoholathleten

### Der eine legt den andern rein

Früher war er als Ingenieur in Rußland tätig, der 1898 in Moskau geborene Herr Alexander Kuropatkin, dann kam er nach Deutschland und betätigte sich in Berlin als „Bärenführer“ für seine des Deutschen unkundigen durchreisenden Landsleute, besorgt ihnen Bälle, je nach Wunsch echte oder falsche, holt Fahrkarten, gibt Auskünfte über die Züge und zum Schluß zeigt er ihnen auch Berlin, wie er es kennt. Das Ende ist immer das gleiche. Die Durchreisenden sind zwei Tage lang todkrank erkrankt und Kuropatkin hat ihre Briefstaschen mit samt dem Gelde.

Am Montagvormittag lernte er wieder einen Landsmann kennen. Es ging alles gut, bis zum Abend. In dem ersten Lokal, das sie aufsuchten, tranken sie Bier und Schnaps. Das war aber nicht nach ihrem Geschmack, Kuropatkin ging nun schärfer vor; führte seinen „Wann“ durch drei Lokale. In jedem der drei Lokale trank jeder für sich einen halben Liter Alkohol, 50prozentigen und unverfälschten. Der Reisende war völlig besinnungslos, kam erst am Dienstagabend wieder zu sich und erndete nun das Fehlen seiner Briefstache, in der 135 Mark waren. Trotz des reichlichen Alkoholgenusses mußte er aber den Namen seines „Führers“, lief zur Polizei und A. wurde aus seinem Quartier in der Artilleriestraße geholt und festgenommen. Er gibt die Rechtfertigung und sagt, daß er sich nicht vorstellen kann, daß sein Landsmann so wenig vertrauen kann.

## Gefallenen-Ehrung im Reichstag

Zum Gedenken der im Weltkrieg Gefallenen oder an den Folgen ihrer Verwundungen später gestorbenen Kameraden veranlaßt der Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegs-

teilnehmer und Kriegerhinterbliebenen als ältester und größter Bund der Kriegsoffer auch in diesem Jahre am Totensonntag wieder eine Gedenkfeier im Plenarsaal des Deutschen Reichstages. Das bekannte Steiner-Quartett und der Berliner Vokalchor unter seinem Dirigenten Dr. Kurt Singer werden Werke von Johann Sebastian Bach und Ludwig van Beethoven zum Vortrag bringen. Robert Müller und Ursula von Saarben rezitieren aus den Werken Hebbels, Schillers und Walter Fleg. Der Bundesvorsitzende Christoph Pfänder spricht Worte des Gedenkens. Die Feier wird von der fünfstündigen Berlin und der Mehrzahl der deutschen Sender sowie der Kadog aus Wien in der Zeit von 12,30 Uhr bis 13,30 Uhr am 20. November 1932 übertragen. Viele Ortsgruppen des Reichsbundes werden durch Bildung von Rundfunkabhörergemeinschaften an der eindrucksvollen Gedenkfeier teilnehmen.

## Devisenaffäre Lillich

### Zwei neue Haftbefehle

Im Zusammenhang mit den Devisenschleubungen des Geheimrats Lillich vom preußischen Wohlfahrtsministerium, der, wie mitgeteilt, in der vorigen Woche in seiner Dienstwohnung in der Leipziger Straße verhaftet wurde und die auch zur Festnahme des Bergwerksdirektors Gustav Cordes, des Bankbeamten Kubbernus, des Syndikus Dr. Borchardt und des Maffers Heinrich Holländer führte, sind jetzt von der Staatsanwaltschaft zwei weitere Haftbefehle erlassen worden. Diese richten sich gegen den Zuwelner Smirna und den Bergwerksdirektor a. D. Hermann Schmidt, die ebenfalls bei den Devisenschleubungen mitgewirkt hatten und seit der Aufdeckung der Affäre flüchtig sind. Smirna und Schmidt haben die aus ausländischen Besitz stam-

menden Effekten beschafft und so gleichfalls gegen die Devisennotverordnung verstoßen. Die Ermittlungen gegen Lillich und Genossen sind im übrigen bereits so weit gediehen, daß mit der Verhandlung vor dem Schnellschöffengericht in etwa 14 Tagen zu rechnen sein dürfte.

## Autounglück in Greiz

### Fahrer und Mitfahrer verbrannt

Greiz, 11. November.

Am Donnerstagmorgen fuhr bei Greiz ein mit schweren Maschinen beladener Lastkraftwagen aus Leipzig infolge Verlagens der Bremsen mit voller Wucht gegen das Gasthaus „Silberloch“. Im gleichen Augenblick erfolgte eine Explosion, die den Lastkraftwagen in Brand setzte. Die Flammen griffen auch auf das Gebäude und einen Privatkraftwagen über. Der Fahrer des Lastwagens, Ernst Keller aus Leipzig, verbrannte. Der zufällig mitfahrende Georg Schmidt aus Leipzig trug so schwere Brandwunden davon, daß er einige Stunden später verstarb. Der Brand des Gasthauses konnte gelöscht werden. Der Lastkraftwagen und der Personenkraftwagen wurden völlig vernichtet.

## Eine Giraffe geboren

Im Berliner Zoo ist eine weibliche ostafrikanische Giraffe geboren worden, 1,95 Meter groß. Sie ist im Fell dunkler als die abessinischen Giraffen. Das ist das zweite Giraffentöchterlein, das in diesem Jahre in Berlin zur Welt kam, ein in der Geschichte der Tiergärten noch nicht dagewesener Fall, denn die Giraffen züchten in der Gefangenschaft sehr selten. Bei diesem mun-

## Opfer eines Pflüchers

### Fahrlässige Tötung

Das Schöffengericht Berlin-Wedding verurteilte den Heilkundigen Mehlhorn wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Zu dem Heilkundigen war eines Tages eine ältere, an Krebs leidende Frau gekommen, um sich behandeln zu lassen. Wenige Wochen später, während sie noch bei dem Heilkundigen in Behandlung war, ist die Frau an der Krebskrankheit gestorben. Das Gericht, das in seinem Strafmaß über den Antrag des Staatsanwalts — ein Jahr Gefängnis — hinausging, begründete die Verurteilung damit, daß der Heilkundige sofort habe erkennen müssen, daß es sich um eine Krebskrankheit handele. Er habe deshalb die Pflicht gehabt, die Behandlung der Frau abzulehnen und diese an einen Arzt zu verweisen. Dann wäre auch die Frau aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Arzt gegangen und von ihm mit einer Wahrscheinlichkeit von 75 Proz. geheilt worden. In dem Prozeß wurden mehrere Mediziner, die einen bedeutenden Ruf als Hochkureute auf dem Gebiet der Krebsbekämpfung genießen, als Sachverständige gehört. Sie vertraten im

wesentlichen den Standpunkt, daß die Frau bei sachgemäßer Behandlung durch einen Arzt hätte geholt werden können. Verschieden war lediglich die Auffassung zu der Frage, ob die Frau völlig oder nur vorübergehend hätte geheilt werden können. Ein homöopathischer Arzt allerdings erklärte, daß er die Behandlung bei der Frau keinesfalls anders vorgenommen hätte, wie sie der Heilkundige behandelt habe.

## Der Anschlag auf die Golpa-Leitung

Die Volkliche Polizei ist noch immer mit der Aufklärung des geheimnisvollen Sprengstoffanschlags auf die Hochspannungsleitung der Elektrizitätswerke A.-G. beim Bahnhof Wuhlheide beschäftigt, ohne daß es bisher gelungen wäre, irgendwelche Spuren von den Tätern zu ermitteln. Vom Polizeipräsidium ist für die Aufklärung und Hinweisse, die zur Festnahme der Täter führen können, eine Belohnung von 1000 Reichsmark ausgesetzt worden.

teren Jungtier ist die Baterschaft ungewiß; hatte doch der Zoo zwei Bußen, von denen er einen nach Hannover abgab, weil die Giraffenmänner sich hier bekämpften. Das Publikum sah das freilich meistens für „Liebespiele“ an, aber die Giraffen waren drauf und dran, sich die Rippen einzuschlagen. Giraffenbabys Leben steht noch unter einem zweiten Hintern, denn seine Mutter ist empfindlich und darum hält es für das immer meggelohene werdende Jungtier schwer, zur ausreichenden Nahrung zu kommen.

## Ungetreuer Rendant

### 100000 Mark Defizit bei Bornimer Sparkasse

Auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft wurde der frühere Rendant der Bornimer Spar- und Darlehnskasse, der Kaufmann Otto Wernicke, in seiner Wohnung in Bornim verhaftet. Es hat sich bei einer Revision in der Bornimer Spar- und Darlehnskasse ein Defizit von über 100 000 Mark gezeigt. Wernicke soll zum persönlichen Bedarf große Summen verausgabt haben.

## Betrunkener Herrenfahrer

### Schuldig am Tod eines Arbeiters

Ein folgenschwerer Autounfall, der sich in der Nacht zum vergangenen Sonntag in der Potsdamer Straße ereignete und bei dem der 41 Jahre alte Arbeiter Gustav Rohm aus der Hollmannstraße von einem Auto, einer blauen Limousine, überfahren und schwer verletzt wurde, so daß er starb, hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Der Fahrer des Unfallautos, ein 32 Jahre alter Buchhalter Kurt W., konnte ermittelt und verhaftet werden.

Um die Ermittlung des Fahrers hat sich ein Tagenchauffeur verdient gemacht, der den Vorgang beobachtet und die Verfolgung des Täters auf eigene Faust aufgenommen hatte. Der Fahrer der blauen Limousine muß wohl gemerkt haben, daß er verfolgt wurde, denn er gab Gas und jagte durch die Schilfstraße dem Tiergarten zu. Es kam zu einer aufregenden Fahrt. Der Tagenchauffeur, ein guter Fahrer, versuchte den Wagen zu überholen. Beide Autos befanden sich längst im Tiergarten. Die Tage jagte an dem Privatwagen vorbei und stellte sich quer über die Straße. Der Chauffeur glaubte, den Wagen so zum Halten zu bringen. Er hatte sich aber geirrt. Der Fahrer der blauen Limousine machte einen scharfen Bogen um die Tage, raste auf den Bürgersteig, fuhr durch die Bäume hindurch und entkam. In der Dunkelheit und Aufregung hatte sich der Tagenchauffeur die Nummer des Autos nicht merken können. Kommissar Schneider gelang es dann, den Wagen in einem großen Autofahrerbetrieb zu ermitteln. Es stellte sich heraus, daß ein Buchhalter dieser Firma der Schuldige ist. Vor der Unglücksfahrt hatte er mit seinen Freunden getrunken.

## Dienst am Volk

Der Beamtenapparat des Staates muß im modernen Staatswesen grundsätzlich anders beschaffen sein, als er es in den Zeiten des Absolutismus war. Die Weltfremdheit, der Kastengeist, mit denen einst vom grünen Tisch aus regiert — oder am grünen Tisch der Obrigkeit gebietet — wurde, ließ jenen gegen das Volk gerichteten Bürokratismus entstehen, den ein modernes Volk nicht mehr zu tragen gewillt ist, den es nicht mehr tragen kann. Dienst, vom echten Bürokraten als Selbstzweck empfunden, muß heute bewußter Dienst am Volke, für das Volk sein. Die soziale Umwälzung, die in Deutschland immer stärker alle Arbeitnehmer in eine Front stellt, hat den Staatsbeamten zwangsläufig den übrigen Gliedern des Volkes nahegebracht. Er muß, um sein Amt sinnvoll auszufüllen, politisch, nicht bürokratisch denken lernen. In einem Vortrag im Programm der Deutschen Welle über „Entstehung und Wesen der Bürokratie“ entwickelte Ministerialrat a. D. Falkenberg diese Gedankengänge, die er an Hand von zahlreichen Beispielen aus der entsprechenden Fachliteratur belegte.

Dabei betonte er, daß ohne jede Bürokratie, d. h. ohne bis ins einzelne gehende Beamtenorganisation, keine Staatsverwaltung auskommen kann. Einige Mängel wird ein solcher Apparat immer aufweisen, die in seiner geistig-technischen Struktur bedingt sind. Wesentlich ist jedoch, daß aus der Bürokratie kein Bürokratismus wird, daß der Menschenapparat sich nicht in tote Apparatur verwandelt, die in sich geschlossen, ohne Berührung mit dem Lebensstrom des Volkes in finstler Betriebsamkeit lauft.

Öffentliche Belobigungen. Der Referendar Bernhard Heger, in Berlin-Zehlendorf, Camphausenstraße 5 wohnhaft, hat am 21. August d. J. eine männliche Person auf dem Golpi-See bei Behnin vom Tode des Ertrinkens errettet. Der Polizeipräsident bringt die von Mut und Entschlossenheit zeugende Tat mit dem Ausdruck seiner Anerkennung zur öffentlichen Kenntnis. — Der Zollsekretär Wilhelm Berkefeld, in Berlin-Niederschönhausen wohnhaft, hat am 4. Juni d. J. in



# Vom Kanin zum Edelpelz

Schlechte Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt

der Friedrich-Karl-Straße in Berlin-Lichtenberg ein durchgehendes führerloses Pferdengelspann aufgehalten. Der Polizeipräsident bringt diese von Mut und Entschlossenheit zeugende Tat mit dem Ausdruck seiner Anerkennung sprich er dem 13jährigen Schüler Rudolf Kautz aus, der bei seinen Eltern in der Graefestraße wohnt. Der Schüler hat am 6. September d. J. ein dreijähriges Kind aus dem Landwehrkanal vor dem Tode des Ertrinkens gerettet.

## Museen im Winter

Eine Meldung, die auch in die Auslandspresse Eingang gefunden hat, behauptet, daß die Ermögung bestehe, die Berliner Museen während des Winters für den Besuch zu schließen, da der Staat die Unkosten für Heizung und Beleuchtung nicht aufbringen könne. Wie wir hierzu erfahren, ist eine Schließung der Institute nicht beabsichtigt. Demnach bleiben also die großen Museen der Reichshauptstadt auch in diesem Winter zu den üblichen Besuchszeiten geöffnet. Lediglich das der Nationalgalerie unterstellte kleine Rauch-Museum in Charlottenburg, das übrigens auch nicht heizbar ist, wird aus Sparnisgründen für die Wintermonate schließen.

## Offen für Erwerbslose

In der Wohnstadt Carl Legien

Die Arbeiterwohlfahrt unterhält im Altersheim in der Danziger Straße eine Erwerbslosenküche, die allerdings nur in den Wintermonaten geöffnet ist. Um den starken Andrang abzulassen und den näher nach Weißensee zu wohnenden Erwerbslosen die Inanspruchnahme der Speisung zu erleichtern, hat jetzt die Arbeiterwohlfahrt eine Essenausgabestelle in der Wohnstadt Carl Legien, Gubigstr. 35, eingerichtet.

Die „Einfa“ hat eine Wohnung mit Zentralheizung zur Verfügung gestellt, die Schultheiß-Bagenhofer-Brauerei hat die nötigen Tische und Stühle geliefert, einzelne Parteigenossen haben zur behaglichen Ausstattung der schönen Räume beigetragen, so daß die neue Essenausgabestelle am Montag eröffnet werden konnte.

Da diese Neuerung aber noch nicht genügend bekannt ist und weil noch viele Plätze frei sind, macht die Arbeiterwohlfahrt an dieser Stelle noch besonders darauf aufmerksam. Für erwerbslose Parteigenossen kostet die Essenausgabe eine Portion 20 Pf. Der fehlende Betrag von je 10 Pf. wird durch freiwillige Spenden der Parteigenossen aufgebracht. Von Unorganisierten muß der Selbstkostenpreis von 30 Pf. berechnet werden. Wie im „Altersheim“ können auch in der Gubigstr. 35 die Mahlzeiten nicht nur an Ort und Stelle verzehrt, sondern auch für Familien der Erwerbslosen nach Hause geholt werden.

## Schuhhändler tagen

Auf Einladung des Reichsverbandes Deutscher Schuhhändler E. V. tagte der Rodeauschuß für die deutsche Schuhwirtschaft, dessen Aufgabe darin besteht, durch Fühlungnahme mit in- und ausländischen Modezentren Farben und Modelle der Saison festzustellen und ein Uebereinstimmen an Fassons und Farben zu verhindern. In seiner Begrüßungsansprache erörterte der erste Vorsitzende des Reichsverbandes, Heinrich Schimmer, noch genauer die Aufgaben des Modenausschusses. Er bewies an Hand verschiedener Beispiele, welche ungeheure Verluste der Schuhindustrie durch Fehldispositionen und eine überflüssige Vielseitigkeit der Lager entstanden sei. Als zweiter Redner ergriff der Vorsitzende des Modenausschusses, Julius Klausner, das Wort. Auch er begründete die Reduzierung der unübersichtlichen gewordenen Lagerbestände und schritt dann als ebenso wichtiges Problem die Frage der Schaffung eines preiswerten Verbraucherschuhwerks an. Wenn man in Kreisen der Industrie und auch allgemein der optimistischen Meinung ist, daß wir den tiefsten Stand der geschwächten Kaufkraft überwunden hätten, so erweist sich schließlich doch nach wie vor die Herstellung guter Massenware als die lebensfähigste Verkaufsform. Es sprachen dann noch

In den Pelzgeschäften liegen herzerfreuende, leuchtendfarbige Exemplare aller möglichen Fellarten, vom schlichten Kanin bis zum kostbaren Breitschwanz. Die einzelnen Stücke sind wirklich schön, ihre Preise sind ganz erheblich gefallen — besonders bei Edelpelzen macht sich dies bemerkbar — und doch — der Verkauf läßt mehr als zu wünschen übrig. Die größten Rodenschläge empfangen in der Pelzindustrie die Großfirmen, deren Zahl sich von Jahr zu Jahr verringert; zum Teil sind sie in Konkurs geraten, zum Teil haben sie sich auf ein Minimum ihrer einstigen Größe reduziert. Und es gibt nicht nur eine Pelzfirma in Pelzen, die ein vierstöckiges Geschäftshaus von unten bis oben beherrscht und heute nur mehr im obersten Dachgeschoß ein paar Arbeitsräume besitzt.

Wenn es dem Großhändler schlecht geht, so dem Detaillisten erst recht, die Lohngebetreibenden der Pelzindustrie arbeiten heute zu zwei Dritteln für die Zwischenmeister, um sich überhaupt halten zu können. Ein paar Reparaturen, hier und da eine Umarbeitung, das ist alles, was sie an eigener Arbeit aufzuweisen haben. Die Fertigware beziehen sie vom Fabrikanten, sie können sich keine Arbeitskräfte leisten, das wirkt das Geschäft nicht mehr ab.

## Die Saison in der Pelzindustrie

beginnt normalerweise im August und dauert bis gegen Weihnachten; es war auch im August bereits eine leichte Abnahme der weiblichen erwerbslosen Arbeitskräfte zu bemerken (20 Proz. gegen Juli), das steigerte sich dann im September auf 40 Proz., im Oktober auf 50 Proz., so daß die Zahl der weiblichen Arbeitslosen im Juli mit 1631 im Oktober auf 203 sank; bei den Männern verringerte sie sich von 913 (Juli) auf 301 (Oktober). Trotzdem verschlechtert sich auch der Arbeitsmarkt ziffernmäßig von Jahr zu Jahr; so betrug die Arbeitslosenziffer für weibliche Kräfte in diesem September 795, dagegen im Vor-

jahr bloß 386, und die Oktoberziffer 1932 mit 203 Erwerbslosen stand im Vorjahr auf der Zahl 98. Durchschnittlich also immerhin ein 50prozentiger Rückgang. Die Stoffkonfektion für Pelzarbeiter, die speziell in diesem Jahr wenigstens nach außen hin viel Beschäftigungsmöglichkeit aufweist — es gibt ja kaum einen Mantel oder ein Kleid, das nicht irgendein Pelzzipfeln irgendwo sitzen hat — erreichte leider bei spätem Saisonbeginn ein allzu frühes Ende. Sie ist jetzt schon wieder vorbei und hint der Saison des Vorjahres um 40 Proz. nach.

Das schlechte Geschäft bei Fertigware wirft seine schweren Schatten auf das Rohmaterial, und wenn Berlin kommt, dann hat Leipzig erst recht nichts zu lachen. Der Rauchwarenmarkt vom August 1931 berichtet von einem weiteren erheblichen Rückgang des Pelzaußenhandels, dessen Hauptursachen das Abwandern zu den billigeren Fellorten und das Sinken der Preise sind. Die Einfuhr ist gegen das Vorjahr sowohl, der Menge wie dem Werte nach, ganz beträchtlich zurückgegangen. Das gleiche Bild des Rückganges bildet auch die Ausfuhr; sie ist zahlenmäßig gegen das Jahr 1928 mengenmäßig um 28 Proz., wertmäßig um 42 Proz. gesunken. Bei der Einfuhr macht sich das starke Anwachsen der russischen Pelzfabrikation bemerkbar, und es muß sich beispielsweise heute ein Fabrikant verpflichten, neben dem gekauften Rohmaterial auch eine bestimmte Menge veredelter Ware mit zu übernehmen. Fehlpelzwerk ist fast ausschließlich russischer Herkunft, während die Hauptlieferanten für Kanin in Belgien und Frankreich sind. In der Veredelungsindustrie nimmt Deutschland neben England den ersten Platz ein. Unsere heimischen Pelztierfarmen, sieben an der Zahl, befallen sich fleißig mit der Züchtung von Silberfuchs, Nerz, Waschbär, Sumpfschiber (Nutria), Opsum und Iltis. Es spielen jedoch die klimatischen Verhältnisse in der Beschaffenheit des tierischen Haarfleisches die ausschlaggebende Rolle.

## In wenig Worten

Aus dem kleinen Belt bei der Insel Hünen wurde ein seit vierzehn Tagen vermisstes Auto mit vier im Auto liegenden toten Insassen geborgen. Der Wagen dürfte aus bisher noch nicht geklärten Gründen in die See geraten sein.

Bei Ausbesserungsarbeiten an der Gasleitung wurde auf der Gohlwiese, einer Straße in Steglitz, vier Arbeiter von ausströmendem Gas bedaubt. Zwei Arbeiter sind im Krankenhaus gestorben.

Nach dem Brand in der Erziehungsanstalt Bühl bei Wädenswil am Züricher See fand man bei den Aufräumarbeiten bisher die verkohlten Leichen von sieben Mädchen. Fünf Mädchen werden noch vermisst.

## Wie wird das Wetter?

Wetterbericht für Berlin: Trocken, Bewölkungsabnahme, noch kalter Nacht am Tage etwas milder, mäßige, östliche Winde. — Für Deutschland: Nirgends nennenswerte Niederschläge, überall abnehmende Neigung zur Nebelbildung, tagsüber, besonders im Westen und Norden, vielfach aufheitend und etwas milder.

Elternratswahl an der 121. Volksschule. Die Mädchenschule Prenzlauer Allee Ecke Kottbuser Straße wählt am Sonntag einen neuen Elternrat, da die im Juni vorgenommene Wahl ungültig erklärt worden ist. Wir bitten unsere Lehrer und Freunde, der Liste „Schulaufbau“ zum Sieg zu verhelfen und unter Beibehaltung der Dirigenten Dr. Frieber Weismann und die Geigenvirtuosin Elisabeth Bischoff verpflichtet worden. Das Programm umfaßt Werke

Sinfoniekonzert des Volksbildungsamtes Kreuzberg. Am Freitag, dem 18. November 1932, 20 Uhr, veranstaltet das Volksbildungsamt Kreuzberg im Orpheum, Halenheide (Eingang Graefestraße), ein Sinfoniekonzert. Für die Veranstaltung sind das Berliner Philharmonische Orchester unter Leitung des Dirigenten Dr. Frieber Weismann und die Geigenvirtuosin Elisabeth Bischoff verpflichtet worden. Das Programm umfaßt Werke

von Berlioz (Fantastische Sinfonie), Hindemith (Violinkonzert) und Debussy (Das Meer). Der Eintrittspreis beträgt 0,75 M. für Erwachsene und 0,50 M. für Jugendliche. — Eintrittskarten sind im Volksbildungsamt Kreuzberg, Gitschiner Straße 104/105, 1 Tr. (Zimmer 27), in den Zahlstellen und an der Abendkasse erhältlich.

## Variete im November

Scala

Aus der Fülle der guten Varietedarbietungen ragen zwei ganz besonders hervor. Die erste: Ruster West, der Exzentriker und Kavaliere in Kienstiefeln, führt so groteske Sprünge aus, daß man staunt, wie er glatt wieder auf seinen zwei Beinen landen kann. Zweitens: eine Luftkation, die fliegenden Concellas. In höchster Höhe am Trapez wird ein Mann nach einem dreifachen Salto aufgefangen. In einem kleinen Einakter zeigt Wag Adalbert, wie ein schüchternen Schriftsteller energisch wird. Fritz Grünbaum gibt ihm hierin Unterricht und Herbrand u. Allen ist der vornehmverweigernde Verlagsdirektor. Das lustige Trio erntet stürmischen Applaus. Edmund Friz's Singing Babies zergliedern den Gesang in rhythmischen Bewegungen. Ein gut aufeinander abgestimmtes Tanzpaar sind Berinoff und Charlot. Straußscher Walzer und akrobatischer Tanz können sich als harmonisch vollendet sehen lassen. Vier Polos zeigen sich als gewandte Parterre-akrobaten. Der Untermann beweist eine außerordentliche Kraftleistung, wenn er drei Kräftigen auf einer Stange über sich ruhig und scheinbar ohne Mühe turnen läßt. Alf. Bogats dreifarbige Hunde machen possierliche Sachen. Sie sind gute Jongleure und Springer und machen ihrem Meister Ehre. Friz Grünbaum konfertierte mit Wig und Berpe.

## Wintergarten

Freudenbringer aus dem schönen Wien sind im Wintergarten eingeführt: Toni Birkmeyer mit seinem Ballet aus Mitgliedern der Wiener Staatsoper. Ob sie nun den obligaten Walzer tanzen, ob einen Ländler, ob sich all im Finale vereinigen, immer denkt man, wenn man diese Schär raffig schönen Mädchen sieht, an Blüten und Schmetterlinge. Besonders charaktervoll die Polka der Pepita Hörriegel und das Intermezzo der schönen blonden Vill Handl. Ihnen voran aber immer der stets männlich bleibende Meister Birkmeyer. Dann gibt es wieder viel zum Lachen: Hans Kolischer, der richtige Bertoltshofer heißen müßte, denn er verlobt alle, aber alle lachen über seinen tollen Witz. Sehr lustig geht es auch bei den holländischen zehn Prag zu, die das biederer Schifferklavier in der Form des komplizierten Accordions großartig meistern. Will Morris, der Mann, der gerne radfahren möchte (und es dann auch glänzend kann), aber eine Viertelstunde lang immer wieder verhindert wird. Zwei Burlesks: Er ein riesiger Kraftmensch, sie ein listiger, lustiger kleiner Teufel. Drei Arcanos rollen auf Rollen auf kopfstehend auf die Bühne. Der weibliche Partner ist jedoch ein ungewöhnlich fühner Obermann auf 10 Meter hohem Mast, den der Untermann frei auf der Schulter trägt. Schließlich die beiden glänzenden Athleten Holl, der bekannte Jongleur Tarino und Ira und Ottare, die auf rollenden Kugeln einen akrobatischen Tango tanzen.

Eine Führung durch den Tierpark Schilderstraße und die Hundehundeabteilung (mit Aufnahme) veranstaltet S. Glarke am 18. November, Treffpunkt Bahnhof Jannowstraße, Holzmarktstraße, Ecke Alexanderstraße (10½ Uhr).

Die Direktion der „Plaza“ bringt am Montag, dem 16. November, und Donnerstag, dem 20. November, das Schauspiel „Heim!“ von Hermann Sudermann zur Aufführung. Es finden an beiden Tagen drei Vorstellungen, und zwar um 2, 5 und 8.15 Uhr zu den üblichen billigen Eintrittspreisen statt.

Ein Goldenes Jubiläum, das Ihnen Vorteile bringt. Feiern Sie es mit in den prachtvollen, echt vergoldeten und verfilberten Kaffeetassen, die anlässlich ihres 50jährigen Geschäftsjubiläums die bekannte Firma Carl Wilhelm, Bremen, Pöbrenstraße, herausbringt. Wie unsere Leser sind freundlich eingeladen, durch eine Bestellung an dieser letzten Feiertag teilzunehmen. Es ist in der Tat ein außergewöhnlich vorteilhaftes Jubiläums-Angebot. Die Carl Wilhelm-Zigarren genießen als vorzügliche Marken in ganz Deutschland einen guten Ruf.

Das gleiche kann auch von Dgo-Kaffee gesagt werden! Die Dgo Kaffee-Handels-gesellschaft Bremen nimmt als Schwesterfirma an dem Jubiläum teil und verspricht den Bestellern eine besondere Ueberrohung. Alles Nähere erfahren Sie aus dem Prospekt, der heute unserer Postaufgabe beiliegt.

Schnelles, müheloses Rasieren:

KALODERMA-RASIERSEIFE

F. WOLFF & SOHN - KARLSRUHE

Glyzerinhaltig:

Die Klinge schabst nicht — sie gleitet!

60g



# Die junkerliche Agrarpolitik am Ende

Nur die Enteignung des Großgrundbesitzes löst das Verhängnis

Die Kontingentsfrage hat innerhalb der Reichsregierung zur Krise geführt. Den Agrarinteressenten gelang es nicht, sich in der Reichsregierung durchzusetzen. Der Besiegte bei dem Kampf innerhalb des Kabinetts ist der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun. Daß er die ihm von der agrarischen Presse nahegelegten Konsequenzen noch nicht gezogen hat, ist ein Zeichen dafür, daß er den Kampf noch nicht als verloren ansieht.

Der Kampf im Kabinett ist nur ein Spiegelbild des Kampfes der kapitalistischen Gruppen draußen.

Sie waren geeint im Kampf gegen die Arbeiter, und dieser Einigkeit verdankte das Kabinett Papen seine Existenz. Der sozialreaktionäre Kitt hielt aber die kapitalistischen Gruppen nur so lange zusammen, als es gegen die Arbeiter ging und — um Steuergeschenke. Als die Reichsregierung der Kontingentierung geneigt schien, ging die Einigkeit stöten. Die gut bezahlten agrarischen Syndikate nahmen ihr altes Geschimpfe über die angebliche Besserstellung der Exportindustrie in der Wirtschaftspolitik wieder auf. Dabei sind sich alle Einsichtigen auch in der Landwirtschaft durchaus darüber klar, daß kein Wirtschaftszweig in Deutschland ein solches Interesse an der Billege des Industrieports hat wie die Landwirtschaft, denn nur eine kaufkräftige Industriearbeiterschaft ist eine Sicherheit für das Wohlergehen der Bauern.

Aber die Einsicht ist bei den Führern der Grünen Front nicht zu Hause. Wäre sie da, dann hätte man schon längst eingesehen,

daß die bisherige Agrarpolitik sich totgelaufen hat, wobei Verbraucher und Landwirtschaft gemeinsam auf der Strecke geblieben sind. Was alles ist für die Landwirtschaft getan worden, und was ist das Resultat?

Die Zölle für die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind so hinaufgeschraubt worden, daß sie teilweise mehr betragen als der Wert des zollgeschützten Produkts selber. Kein Zentner Getreide kommt mehr nach Deutschland herein, der nicht unbedingt zur Ernährung notwendig ist.

Die Butereinfuhr ist so beschränkt worden, daß nur noch die Hälfte der vorjährigen Einfuhr nach Deutschland hereinkommt. Nicht genug damit, wurden und werden Milliardenbeträge, die man dem übrigen Teil der deutschen Volkswirtschaft entzieht, auf dem Wege über Preisstützungen, Osthilfe, Genossenschaftsanfänger und Zinsentfernung der Landwirtschaft zugeführt. Und dennoch geht es der Landwirtschaft schlecht. Ihr Einkommen sinkt von Jahr zu Jahr.

Der an sich gerechtfertigte und auch von der Sozialdemokratie stets gebilligte Schutz der Inlandsproduktion vor den Preisschwankungen und katastrophalen Preisstürzen am Weltmarkt ist von den Großagrariern zu einer Ueberhöhung der Getreidepreise mißbraucht worden;

die Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, die ohnehin unter dem Kaufkraftfahnd der Städte leidet, ist weiter verschlechtert worden; durch die mit den hohen Preisen stark ausgebeutete Getreideproduktion ist die Möglichkeit einer Beeinflussung der Getreidepreise fast geschwunden. Durch die überspannten Preisforderungen hat sich die Getreidewirtschaft selbst das Grab gegraben. Alle Sanierungspläne für die bankrotten Güter sind zum Scheitern verurteilt, weil sie auf Getreidepreisen beruhen, die der vorigen Ernte entsprechen, während in diesem Jahre die Getreidepreise infolge der höheren Ernte erheblich niedriger sind. Selbst wenn die neugeplante Getreidemagazinierungsaktion gelingen sollte und hierdurch die Preise hochgehalten werden, wiederholt sich das gleiche Spiel im nächsten Jahr.

## Gefährliche Monopol- und Kartellpläne.

So ist die Agrarpolitik in die Sackgasse geraten, aus der es keinen Ausweg gibt und an deren Ende die Landwirtschaft in ihrer eigenen Produktion erstickt, während auf der anderen Seite Millionen sich nicht mehr satt essen können. Diese Ausweglosigkeit wird heute auch von einer kleinen aber einflussreichen Gruppe in der deutschen Landwirtschaft erkannt. Einige pommerse Großgrundbesitzer, deren wirtschaftliches Denken durch Beziehungen zur Industrie geschärft ist, haben eingesehen, daß man den getreidebauenden Großgrundbesitzer Osteliens und den in erster Linie auf den Absatz von Butter und Fleisch angewiesenen Bauern nicht gleichzeitig helfen kann. Sie sagen sich, daß der Getreideprotektionismus nicht entfernt unsere Außenhandelsbeziehungen so schädigt wie die Kontingente für Veredelungsprodukte, denn Getreide wird aus Ländern eingeführt, denen gegenüber unsere Handelsbilanz passiv ist, während Butter, Gemüse und Fleisch aus Ländern kommen, die die besten Käufer unserer Industriemaren sind. In Wahrung ihrer eigenen Interessen propagieren sie die Opferung der Veredelungswirtschaft: Keine Kontingentierung mehr, möglichst sogar Abbau der Zollschranken für die Kartterzeugnisse der Bauernwirtschaft, dafür aber Schaffung von Monopolen.

In erster Linie natürlich ein Getreidemonopol, das aber nicht, wie das Getreidemonopol der Sozialdemokratie, einen Ausgleich der

Preisschwankungen bezweckt, sondern ebenso wie die Kartellierung der Zuckerproduktion den Großgrundbesitzern eine Rente aus dem Getreidebau sichern soll. Um die eigennützigsten Wünsche zu verbergen, wird dagegen die

## monopolistische Regelung der Butter-, Fett- und Margarineproduktion gefordert.

Diese neue Richtung, geführt von den pommersechen Junkern Knebel, Döberig und Flügge, eng verbunden mit der Schwerindustrie, will den Monopolkapitalismus in die Landwirtschaft einführen, damit die ostelbischen Agrarier nicht untergehen.

## Die Opfer dieser Entwicklung würden die Bauern und Arbeiter sein.

Die Bauern, weil sie, ebenso wie bei der Kartellierung der Zuckerproduktion bei der Verteilung der Getreidekontingente betrogen werden und außerdem weil sich nur wenige der von ihnen erzeugten Produkte überhaupt kartellieren lassen. Die Arbeiter, weil sie die durch die Kartellierung erzeugte Verteuerung der Nahrungsmittel zu tragen haben.

# Englische Wirtschaftspolitik

Auf abschüssiger Bahn — Neue Zölle und Kontingente

Die von der englischen Regierung ermöglichte Kontingentierung der Einfuhr von Schinken und Speck, die eine Drofflung der Importe um 20 Prozent zur Folge hat, ist jetzt beschlossen worden. Diese Maßnahmen haben nichts mit den Ottawa-Verträgen zu tun, sondern sind unter dem Druck der äußersten Rechten im Interesse der englischen Viehzüchter erfolgt.

In den betroffenen Staaten haben diese Beschlüsse unter den Exporteuren große Aufregung verursacht, und zwar besonders in Dänemark, wo man frühestens im Sommer 1933 mit englischen Einfuhrbeschränkungen gerechnet hatte. Auch in den baltischen Randstaaten haben die englischen Maßnahmen zur Einfuhrdrofflung große Bestürzung hervorgerufen. Besonders in Kowal und Kowno befürchtet man schwere Rückschläge für die einheimische Landwirtschaft, weil Estland und Litauen im letzten Jahr große Summen für den Ausbau von Schlachthäusern, die überwiegend für den England-Export arbeiten, aufgewandt haben.

Inzwischen wird die aus vier Sachverständigen bestehende Zolltariffkommission in England mit neuen Anträgen auf Zollerhöhungen von den verschiedenen Interessentengruppen bestürmt. Nachdem erst kürzlich die Zölle für Eisen und Stahl zum zweiten Male in diesem Jahr heraufgesetzt wurden, verlangen jetzt die Unternehmer der Holzverarbeitungs- und besonders der Möbelindustrie ein neues Anziehen der Zollschraube. Auch Anträge auf Heraufsetzung des Weizenzolls sind bei der Kommission wieder eingebracht worden.

## Um die Auftauung von Pfundguthaben

Zur Sicherung der neuerdings erschütterten Pfundwährung läßt Großbritannien jetzt kein Mittel unversucht, um einen Ausgleich seiner ausländischen Zahlungsverpflichtungen zu sichern. So ist die britische Regierung zur Zeit darum bemüht, im Auslande eingefrorene Pfundguthaben aufzutauen. Der erste Versuch ist jetzt mit Griechenland gemacht worden. Dieses Abkommen sieht vor, daß englische Guthaben, die in Griechenland auf Sperrkonto liegen, zur Bezahlung griechischer Exporte nach England

## Stirbt das Auto aus?

Die Sonderbelastung in Deutschland

In den Monaten Januar bis September d. J. ist die Gesamtzahl der neu zugelassenen Personen- und Lastkraftwagen in Deutschland auf 37 518 gegen 59 806 in der gleichen Zeit des Vorjahres und 82 605 Wagen von Januar bis September 1930 gesunken. Diese katastrophale Entwicklung hebt sich scharf von der Lage der ausländischen Kraftwagenindustrie ab, die sich sehr trübselig erwiesen hat. So wurden z. B. in England und Frankreich, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, sechs- bis siebenmal mehr Kraftwagen in der genannten Zeit verkauft als in Deutschland.

Es zeigen sich hier die verheerenden Folgen einer Wirtschaftspolitik, die überwiegend im Interesse schwerindustrieller und agrarischer Interessentengruppen dem Kraftverkehr in den letzten beiden Jahren 250 Millionen Mark neue Lasten aufgebürdet hat.

Während die Motorisierung durch diese Politik in jeder Hinsicht gedrosselt wird, können die Nutznießer der Treibstoffverteuerung Gewinne erzielen, die in der gegenwärtigen Krisenzeit einzigartig dastehen. So ist die „E. & G.“ Erdölbergbau A.-G.

Die bisherige Agrarpolitik erlebt ihr Fiasko, weil sie einseitig die Getreideproduktion in den Vordergrund ihrer Bemühungen stellte und keinen Ausgleich zwischen den verschiedenen Teilen der Landwirtschaft erstrebte. Ihr wichtigstes Ziel war die Erhaltung des Großgrundbesitzes und nicht Anpassung der landwirtschaftlichen Struktur an veränderte Verhältnisse. Sie ist an ihren inneren Widersprüchen zusammengebrochen. Die neue, von den Großagrariern propagierte Richtung der Agrarpolitik, die der Erhaltung und dem Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Machtstellung der Großagrarien dienen soll, ist zum mindesten ebenso verhängnisvoll.

Wenn der ganzen deutschen Landwirtschaft und nicht nur einer kleinen Anzahl von Junkern herausgeholfen werden soll, ist es notwendig, daß die Großagrarien, die stets versuchen werden, planwirtschaftliche Maßnahmen, die im Interesse der Gesamtheit ergriffen werden müssen, in ihrem Interesse umzubiegen, enteignet werden. Bleibt diese Gruppe im Besitz ihrer politischen Macht, so sind sämtliche agrarpolitischen Maßnahmen von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

nuzbar gemacht werden, so daß für England aus der Einfuhr griechischer Waren keine neuen Valutaverpflichtungen entstehen. — Ein ähnliches Abkommen ist mit Oesterreich getroffen worden, so daß auch in diesem Falle gepernte Schillingguthaben englischer Staatsangehöriger zum Ankauf britischer Waren freigegeben werden.

## Englands Außenhandel im Oktober

Die Bilanz des englischen Außenhandels für den Monat Oktober weist deutliche Spuren des neuen Pfundverfalls im vergangenen Monat auf.

Der Wert des Exportes, der seit Juli ständig gesunken war, ist erstmalig wieder um 4,21 auf 30,4 Millionen Pfund gestiegen. Andererseits aber haben sich die im Herbst immer sehr starken Saisonzufuhren nach England (Lebensmittelimporte) im Oktober noch um 6,56 auf insgesamt 60,32 Millionen Pfund erhöht. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die nur geringe und vorübergehende Exportchance, die der neue Pfundverfall bietet, dadurch völlig überdeckt wird, daß England für seine Importe aus Goldwährungsändern entsprechend höhere Pfundbeträge aufwenden muß. Die weitere Erhöhung der Passivität der Handelsbilanz, die im Oktober 30 gegen 28,8 Millionen Pfund im September erreichte, läßt sich tatsächlich nicht nur aus dem gestiegenen Saisonbedarf der englischen Einfuhr erklären, sondern zugleich aus den vermehrten Pfundansprüchen, die infolge des neuen Sinkens der englischen Währung im Auslande entstanden sind.

Vom Januar bis Oktober d. J. betrug der Wert der Einfuhr 580,5 gegen 710,9 Millionen Pfund Sterling. Der starke Rückgang der Einfuhr ist durch die Einführung der Hochschulgölle verursacht. Der Export verringerte sich in der gleichen Zeit auf 301,4 Millionen Papierpfund (Durchschnittskurs 1 Pfund = 14 Mark) gegen 324,8 Millionen Goldpfund vom Januar bis Oktober 1931 (Durchschnittskurs 1 Pfund = 20,4 M.). Die Passivität der englischen Handelsbilanz erreicht in diesen 10 Monaten 279,1 Millionen Pfund, die bei einem Kurs von durchschnittlich 14 Mark etwa 3,90 Milliarden Goldmark entsprechen.

Gelle in der Lage, ihren Aktionären eine Dividende von 20 Proz. (!!) zu zahlen. Die deutsche Kraftverkehrswirtschaft aber, die mit ihren Nebengewerden Hunderttausende ernährt, kann vor die Hunde gehen.

## Der Vergleich bei Junkers Günstiger Vertrag für die Gläubiger

Die seit dem Frühommer anhaltenden Vergleichsverhandlungen des Junkers-Konzerns mit seinen Gläubigern sind jetzt abgeschlossen worden. Zu dem neuen Vergleichstermin am Dienstag waren zahlreiche Gläubiger in Dessau erschienen. Die Lage bei Junkers hat sich nach dem Verkauf des Babesolwerkes an die Robert Bosch A.-G. in Stuttgart erheblich verbessert.

Die neuen Vorschläge für die Gläubiger sehen endgültig die volle Befriedigung der Gläubiger bis zu 500 Mark vor und eine zunächst 40prozentige Befriedigung der größeren Gläubiger bis zum Jahresende. Diese Gläubiger von 500 Mark aufwärts erhalten außer der 40prozentigen Quote einen Verpfichtungs-

schein auf Zahlung von weiteren 20 Prozent im Laufe des nächsten Jahres. Dieser Verpfichtungschein wird ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung des folgenden Jahres eingelöst. Außerdem erhalten die Gläubiger noch einen sogenannten Besserungschein in Höhe von 20 Prozent, dessen Zahlung jedoch von der wirtschaftlichen Situation des Junkers-Konzerns abhängig gemacht wird.

Der Treuhänder, Geheimrat v. Buslar, erklärte, daß er den Vergleichsvorschlag als geeignet für einen Vergleichsabschluss mit den Gläubigern ansehe. Es meldete sich aber noch eine Opposition zu Wort, die in erster Linie die Frage der Lebensfähigkeit der Junkers-Werke nach der Konzernreform in die Debatte warf. Die Vergleichsvorschläge wurden schließlich nach langer Aussprache in ihrer ursprünglichen Form angenommen.

## Die Septemberbesserung Rohstoffpreise waren entscheidend

Das Institut für Konjunkturforschung teilt mit: In Übereinstimmung mit der Entwicklung am Arbeitsmarkt hat die industrielle Produktion von August auf September leicht zugenommen. Die Indizes der Produktion wichtiger Industriezweige (1928 = 100) stieg von 51,8 im August auf 53,7 im September. . . In jeweiligen Preisen errechnet, stellt sich der Bruttoerzeugniswert im August auf 2,54 Milliarden, im September auf 2,65 Milliarden Mark. Nach dieser Rechnung beträgt die Zunahme rund 110 Millionen Mark.

Im einzelnen lassen sich folgende Bewegungstendenzen unterscheiden: In den Industrien, bei denen die Rohstoffkosten eine große Rolle spielen (z. B. Leder, Textilien, einzelne Gruppen der K.C., Metallindustrien usw.), hat sich die Erzeugung im Zusammenhang mit der Preisbesserung auf den Rohstoffmärkten erhöht; bei der Nachfragesteigerung handelt es sich vorwiegend darum, daß der Handel nun seine Lager vergrößert.

Hinzu kommt, vor allem in der Gruppe Kohlenbergbau, eine saisonbedingte Zunahme der Produktion. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die Baustoffindustrien gegen die hier saisonmäßig abwärts gerichteten Kräfte widerstandsfähiger sind, als dies z. B. im vergangenen Jahr der Fall war. Die Zunahme der Produktion von Walzwerkzeugnissen schließlich ist in der Hauptsache auf Russenaufträge zurückzuführen.

## Die Baumwollindustrie im Oktober

Die deutschen Baumwollspinner melden für Oktober, nachdem die Baumwollpreise weiter gesunken sind, bei anhaltend lebhaften Kontraktabrufen und entsprechender leichter Steigerung der Beschäftigung eine zunehmende Zurückhaltung der Abnehmer für Neuaufträge. Nur Westfalen und Süddeutschland taufen etwas mehr.

Die Baumwollweber berichten von durchschnittlich guter Beschäftigung; der weitere Verlauf des Oktober habe aber wegen der Unsicherheit der Baumwollmärkte eine abfindende Nachfrage gebracht. Der Export nach Holland und den Nordstaaten habe durch die Kontingentspolitik große Einbußen erlitten.

## Preußen-Abschluß

Verlust der Spitzenunternehmung

Die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-A.-G., in der die vier großen staatlichen Elektro- und Zechenunternehmungen von Preußen zusammengefaßt sind, hat in dem abgelaufenen Geschäftsjahr einen Verlust von 3,48 Millionen Mark ausgewiesen, da die staatlichen Unternehmen im vergangenen Jahr keine Dividenden ausbezahlt haben.

Auf der Generalversammlung der Gesellschaft wurde infolge der Zustände in Preußen eine Reibesezung des Aufsichtsrats vorgenommen. Der Sozialdemokrat und ehemalige Staatssekretär im preussischen Handelsministerium Dr. Staudinger schied aus und an seine Stelle trat der Reichstagskommissar Dr. Ernst als Vorsitzender.

## Zum zweitenmal pleite

Die Essener Bank, eine große gewerbliche Kreditgenossenschaft mit heute noch 6,4 Mill. Mark Einlagen und 4,5 Mill. Mark Bankschulden, hat zum zweiten Male innerhalb dieses Jahres die Zahlungen eingestellt. Sie wurde erst im Februar mit 2,1 Millionen Mark Reichshilfe aus dem 20-Millionen-Lopf für Gewerbetanken saniert. Eine inzwischen vorgenommene Revision ergab weitere, im Februar noch nicht erkannte Verluste von 1,5 Millionen Mark. Neue Hilfe wurde, abgesehen von 400 000 Mark zur Liquidation, in Berlin verweigert. Die Einleger sollen 25 Prozent nachlassen, den Rest auf zwei Jahre stunden.

Große Auslandsaufträge für den Maschinenbau. Die im Diesel-Motorenbau führende Maschinenfabrik Augsburg-Rürnberg A.-G. hat eine Anzahl großer Exportaufträge für die starken 140-PS-Diesel-Motoren erhalten. Die Lieferungen gehen nach Polen, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Dänemark und Spanien.



# SCHICKSAL MASCHINE

16] ROMAN VON STEFAN POLLATSCHKEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

Kaum war die Durchsicht der Morgenpost beendet, als der Diener den Besuch einer Frau Weismüller meldete. Die Dame gab an, eine Verwandte des Chefs zu sein. Weltlin nickte und nachdem seine Mitarbeiter sich entfernt hatten, betrat Frau Weismüller das Zimmer. Sie war seine Cousine und dunkel entzart er sich, daß er sie einmal verehrt hätte — wann mochte das wohl gewesen in, welcher Zeitraum lag dazwischen? Er schloß die Augen und es erstand verschwommen das Gesicht eines schlanken, dunkelhaarigen, jungen Mädchens mit hellen Augen. Was war aus ihr geworden? Die Frau, die vor ihm saß, war ärmlich gekleidet, sie hatte weiße Haare und müde, abgekämpfte Gesichtszüge. Ihr Leben war ein schweres gewesen, wie Weltlin dunkel mußte, sie hatte irgendeinen Agenten geheiratet, war nach dessen Tod vollkommen verarmt, und ab und zu hatte er sie mit kleineren Geldbeträgen unterstützt, seit langer Zeit nun hatte er nichts mehr von ihr gehört. Jetzt saß sie vor ihm und erzählte mit larmoyanter Stimme eine traurige Geschichte. Ihr Sohn, der Musiker, sei seit langer Zeit ohne jede Beschäftigung. Nachdem das Theater, an dem er als musikalische Hilfskraft tätig gewesen war, schließen mußte, hatte er sich bei konzertierenden Kapellen verdingt, in Kinos gespielt, in Varietés als Begleiter ausgeholfen. Nun aber habe die mechanische Musik („diese verfluchten Erfindungen“, wie sich Frau Weismüller ausdrückte) die menschliche Kraft verdrängt, es spielten Automaten und der Künstler könne zugrunde gehen. Sie sprach nervös und hegte. Ja, jetzt könnte sich ihr Sohn wieder vorstellen bei einer Hotel-Jazz, jetzt hätte er wieder Aussichten und die Bezahlung, die man biete, sei gut, er könne bis acht Mark in der Nacht verdienen, aber er benötige einen Frackanzug und der seine sei im Verkauf. Vierundzwanzig Mark seien darauf geborgt. Frau Weismüller schwieg. Weltlin schwieg. Er sah einen kleinen blonden Knaben mit einer Geige, dieses süße Wunderkind war wohl nun der hungernde Musiker, der eine Stelle bei einer Jazz-Kapelle suchte und hierzu seinen verletzten Frack auslösen mußte. Frau Weismüller, ein wenig ängstlich geworden, fuhr fort: Sie habe niemanden, an den sie sich wenden könne, allüberall habe man ihr und ihrem Sohn bereits geholfen und sie wage die Bitte, ob nicht Herr Weltlin diese vierundzwanzig Mark vorstrecken möchte, ihr Sohn werde das Geld bestimmt zurückzahlen, wenn es ihm einmal wieder besser gehen sollte. Weltlin hatte sein Scheckbuch hervorgezogen und hatte, während er das Datum schrieb, noch die feste Absicht einen größeren Betrag auszusprechen. So sehr er sich deswegen auch später Vorwürfe machte, er konnte sich nicht darüber Rechenschaft geben, warum er gerade nur die erbetene Summe in das Papier eingelegt hatte. Ueberschwenglich dankend, verließ die Frau das Zimmer.

Mit einem unzufriedenen Gefühl, einem dumpfen Stechen in der Herzgegend, blieb Weltlin zurück; er wollte der Frau nach-eilen, doch der Prokurist Lechner und Ingenieur Hanau kamen gerade. Eine Arbeiterdeputation, so meldeten sie, wünsche empfangen zu werden. Weltlin nickte, straffte seine Gestalt und schon betraten vier Arbeiter den Raum. Auf einen Wink nahmen die Leute an einem Tischchen Platz und der Sprecher begann. Er wolle, so hob er an, die Leitung der Fabrik auf die Stimmung der Arbeiterschaft aufmerksam machen. Durch den Umstand, daß das Unternehmen fast alle Fabriken der Konkurrenz lahmgelegt habe, sei eine katastrophale Arbeitslosigkeit eingetreten und die Unmöglichkeit, neue Arbeit zu finden, sei offenkundig. Trotzdem nun die Fabrik ihren Abfall von Woche zu Woche steigere, würden immer wieder Arbeiter abgebaut und jede maschinelle Verbesserung habe weitere Entlassungen zur Folge. Die Arbeiterschaft habe nun gehört, daß wieder Neuerungen bevorstünden, sie sei verängstigt und bitte um Mitteilung, was die Leitung des Unternehmens plane.

Es sei schwer, einen befriedigenden Aufschluß zu geben, erwiderte Weltlin zögernd. Gewiß würden Verbesserungen erfolgen, der menschliche Geist stehe nicht still und die Maschine selbst verlange gebieterisch ihren Ausbau. Leider sei es richtig, daß eine solche Verbesserung wieder menschliche Arbeitskraft überflüssig machen werde, aber die Leitung werde sich bemühen, mit größter Rücksicht und Vermeidung aller Härten vorzugehen.

„Das heißt also wieder Abbau“, sagte der

Sprecher. „Wieviele von uns werden daran glauben müssen?“

„Das steht zur Stunde noch nicht fest.“ „Die Arbeiterschaft“, fuhr der Mann fort, „wolle fragen, ob diese Maßnahme nicht unterbleiben könne. Da das Werk doch so gut wie keine Konkurrenz habe, könnten doch die Preise für das fertige Produkt in der bisherigen Höhe gehalten werden.“

„Das geht nicht“, erwiderte Weltlin, ein wenig energischer, als er eigentlich wollte, „das geht leider nicht. Unsere Erfindung ist im Ausland bekannt, man arbeitet dort ebenso rationell wie hier. Wenn wir uns nicht anpassen, haben wir die ausländische Konkurrenz im Land, und Zölle einzuführen ist in diesen Zeiten so gut wie unmöglich.“

Weltlin hielt eine nationalökonomische Vorlesung und war schön im Fluss.

„Wir müssen also mit weiteren Entlassungen rechnen“, fragte ein Arbeiter.

„Es ist noch nichts entschieden“, sagte beruhigend Weltlin, und er fühlte, daß er wieder am Ausgangspunkte seiner schönen Rede angelangt war. Hier aber halfen keine Reden, er fühlte es, die Leute verlangten nach Beruhigung, die er nicht geben konnte.

Man erörterte einige Auswege, doch es zeigte sich, daß hier keiner zu finden war.

„Ich fürchte, daß die Genossen nicht zufrieden sein werden“, sagte der Sprecher der Arbeiter und erhob sich.

„Wollen Sie damit ausdrücken, daß Sie einen Streik planen?“

„Nur politische Deeparados können unter solchen Umständen an Streik denken“, sagte ruhig und bedächtig der Arbeiter und fügte hinzu: „Die Zeiten sind nicht danach. Aber beten Sie zu Gott, daß wir nicht zu anderen Zeiten so hartherzig sind, wie Sie jetzt.“

Weltlin, allein gelassen, ging unruhig auf und ab. Warum mache ich denn dies alles noch mit? Muß ich denn hier den Wüterich, den nimmerlatten Kapitalisten spielen? Bin ich es am Ende wirklich? Warum dies alles?

Doch er hatte keine Zeit, seinen Gedanken nachzugehen. Der Prokurist Lechner kam mit Zeichenbittermeine und meldete, daß er

eine unangenehme Nachricht zu überbringen habe. Er sei untergeschleifen auf die Spur gekommen; der Kassierer, achtzehn Jahre im Hause tätig, habe gestohlen. Die Defraudationen reichten auf fast ein Jahr zurück, etwa zwanzigtausend Mark habe er veruntreut. Weltlin erschrocken die Stirnadern an, er fragte: „Was haben Sie veranlaßt?“

„Nichts!“, sagte Lechner, „ich wollte Ihren Entschuldigungen nicht vorgreifen.“

„Lassen Sie mir den Mann kommen.“

Der Mann erschien. Es war ein kleiner, schwächlicher Mensch mit intelligentem, blassem, gequältem Gesicht. Als ihn Weltlin erblickte, erschrak er; er glaubte ein Traumbild zu sehen, sein Zorn, seine Erregung versflogen im Nu. Die Knie des Eintretenden zitterten, er mußte sich setzen, er wäre sonst hingefallen.

„Lassen Sie doch die Faren!“ rief Lechner. „Sie hätten es sich eben früher überlegen müssen. Zuerst stehlen, dann um Mitleid flennen, das kann bald einer.“

Weltlin gebot mit einer Handbewegung Ruhe.

„Was fiel Ihnen denn ein, Röchling, nach fast achtzehnjähriger Tätigkeit solche Sachen zu machen?“

Röchling versuchte zu sprechen, doch seine Stimme versagte. (Fortsetzung folgt.)

## Gottfried Kinkel

Zu seinem 50. Todestage / Von Hermann Wendel

Wollte sich die Gegenwart ein Urteil über Gottfried Kinkel einzig nach der Meinung bilden, die Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem offenen Briefwechsel über Kinkel austauschten, so nähme heute kein Hund zu seinem Andenken ein Stück Brot an. Sicher war das historische Recht auf der Seite der beiden, wenn sie, die Jahre, fast Jahrzehnte die Luft des Londoner Exils mit ihm teilten, ihn als eilen, unwissenden, anmaßenden Schönschwärmer ablehnten, aber Zusätze objektiver Gerechtigkeit waren weder die ewigen Bezeichnungen „der dumme Kinkel“, der „süße Kinkel“, „der verlogene Blaffe Kinkel“ noch der Spott über „seine raffinierte, lederne Weise“ zu reden, noch der Hohn: „Der Bursche predigt Optimismus in säuselnder, hut-abziehender, schwachmätiger Form.“ Wer Kinkel durch solche Ausbrüche des Unmuts der Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus ein für allemal abgetan wissen will, dem möchte freilich auch jedes böse Wort der beiden guten Hasser gegen Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht und Ferdinand Freiligrath bare Münze sein.

Der Kinkel, mit dem Marx und Engels in London nicht zusammenkommen wollten noch konnten, hatte überdies auch die sozusagen geschichtliche Aufgabe seines Lebens schon hinter sich; für den Rest seiner Tage zehrte er vom Ruhme der Jahre 1848, 1849 und 1850. Im Vormärz schon kannte man seinen Namen, am meisten am Rhein. Ein Piarerelohn aus Oberkassel, zog bereits der Ein-, der Zweiundzwanzigjährige als Privatdozent der Kirchengeschichte an der Bonner Universität und bald auch als Hilfsprediger der evangelischen Gemeinde in Köln die Aufmerksamkeit auf sich; noch mehr redete man

von Kinkel, als er mit Johanna Rockel eine Katholikin und geschiedene Frau heimführte und von der Kirche zur Künftgeschichte, vom Glauben zur Freigeisterei hinüberwechselte. Auch nach dem Vorbeir des Dichters griff er, obwohl nur ein Talent dritten oder vierten Ranges, mit manch gegläuteter Strophe. An jene Tage, da er, ein lebhaft sprudelnder Kopf, Anregungen empfangend und gebend, geliebt und bemunbert, recht aus dem Vollen zu leben glaubte, erinnerten später die Verse:

Im Freundesreigen stand ich stark  
Beim Becher und in Fehde.  
Mein Leib war fest, gesund mein Mart,  
Und golden floß die Rede.

Schon seine rheinische Heimat, die in Kinkels Geburtsjahr 1815 an Preußen gefallen war, und von deren Bemühern er vermerkte: „Wir selbst kamen uns viel eher als ein erobertes Land vor“, wies einem so beweglichen und zukunftsgläubigen Geiste seinen Platz im Lager der politischen Opposition an, und als 1848 losbrach, schenkte der Bonner Professor begeistert die Fahne der unbedingten Demokratie. Im Freiheitsüberchwange dieses Jahres war sein lyrisches Pathos der rechte, auf Massen wirkende Ton, aber als, im Frühjahr 1849, die Revolution auf beiden Seiten zu lahmen begann, bewies Kinkel, daß er, redlich für die deutsche Einheitsrepublik erglühend, doch mehr zu sein verstand als nur ein politischer Schönredner. Nach dem mißglückten Versuch, mit den Bonner Demokraten das Siegburger Zeughaus zu stürmen, eilte er auf den Schauplatz der Reichsoberaufsichtskampagne und trat in Baden als einfacher Wehrmann in das Freikorps Willich ein. Als er Ende Juni während der Gefechte an der

Murglinie verwundet in die Hände der Preußen fiel, machte er sich keine Illusionen über das Los, das ihn erwartete; keine leere Phrase war es, was er in den Kasematten von Kastatt niederschrieb:

Den Feinden mild, den Freunden gut,  
Die Hand noch rein vom Fluche,  
Kein Blatt voll Haß, kein Blatt voll Blut  
In meines Schicksals Buche:  
So werf' ich in den Opferbrand  
Ein reichbeschränktes Leben —  
O Glück und Stolz, mein Vaterland,  
Für dich es hinzugeben!

Daß am 4. August das Kriegsgericht Kinkel, anstatt ihn vor die Gemehrläufe zu stellen, „nur“ zu lebenslänglicher Festungstrafe, nicht etwa Festungshaft, verurteilte, erregte landauf, landab die jähnelnde Wut der Reaktion, die sich bemühte, auf Umwegen doch noch zum Ziele zu gelangen. Aber, nicht zuletzt aus Furcht vor der öffentlichen Meinung, bestätigte Friedrich Wilhelm IV. den Spruch, nur daß er den Gehörten, anstatt ihn auf einer Festung Sandtaren oder Abtrittsgruben auslegen zu lassen, in eine „Zivilanstalt“ überwies; so hatte der hohenzoller wenigstens sein nachsichtiges Behagen daran, daß der verdohnte Poet im Zuchthaus, erst zu Raungrad, dann zu Spandau, wie ein gemeiner Verbrecher behandelt, Wolle spulen mußte. Diese Forderung eines reinen Menschen, der für seine politische Ueberzeugung litt, empörte indessen über die Kreise der Befinnungsgenossen hinaus ganz Deutschland, und ganz Deutschland jubelte auf, als es am 6. November 1850 dem jungen Karl Schurz durch einen kühnen Streich gelang, Kinkel aus dem Kerker zu entführen, und die Kunde einfiel, daß beide unangefochten das englische Asyl erreicht hatten.

Wenn sich auch Kinkel in London an manchem Emigranten-Hotuspokus übernahm und später als Professor in Zürich zuweilen nationalliberale Anwandlungen bekam, so verleugnete er doch die politische Grundgesinnung seiner guten Jahre nicht. Dazu gehörte es, daß er sich nicht nur einen Demokraten, sondern auch einen Sozialisten nannte. Seitdem er denke und empfinde, so erklärte er, habe sich sein Herz zu den Armen und Unterdrückten gehalten und nicht zu den Reichen und Gewaltigen dieser Welt; 1848 betitelt er ein von ihm herausgegebenes Organ zur Belebung des Handwerkerstandes „Spartacus“, und 1849 meinte er es, des Todesurteils gewärtig, durchaus ehrlich mit dem Bekenntnis:

Der müden schwielenharten Hand  
Ein sanfter Los zu werben,  
Du vierter Stand, du treuer Stand,  
Für dich geh' ich zu sterben.  
Euch Armen treu bis in den Tod,  
Für euch zur Tat entschlossen,  
Fall' ich um's nächste Morgenrot,  
Vom kalten Blei durchschossen.

Nun war diese Empfindung für die Elenden und Unterdrückten mehr eine Sache des Gefühls als der Erkenntnis, ein, wie es die „Dittscheitzeitung“ einmal nannte, „poetischer Sozialismus“, aber stark genug blieb sie, um Kinkel der von Bismarck gehegten deutschen Sozialdemokratie zur Zeit des Ausnahmegesetzes mit Rat und Tat beistehen zu lassen; als er am 13. November 1882 starb, erfuhr die Welt aus dem ehrenden Nachruf des „Socialdemokrat“ von dieser seiner Verbundenheit mit der größten Arbeiterpartei. Mochte Kinkel darum den höchsten Ansprüchen weder als Dichter noch als Politiker noch als Mensch genügen, so wirkt er, im Ganzen gesehen, doch so übel nicht und macht es durch seine Erscheinung und sein Schicksal begreiflich, daß er mit Beitz Valentins Wort eine Weile neben Robert Blum „der volkstümlichste Revolutionsmartyrer“ in Deutschland war.

Volkmar Iro:

## Ivan und die Sandvipper

Ivan ist der häßlichste Hund von ganz Mostar. Ein riesiger Wolfshund mit einem kaum daumenlangen Schweifstummel. Alle Fremden, die von Dalmatien herüberkommen, lachen über ihn, wenn er auf dem staubigen Bahnhofspflanz wie ein gestützter Terrier herumstreicht. Man weiß eben nicht, daß Ivan seine Rute bei einer Heidentat einbüßte.

Diese Geschichte von dem abgehakten Schweif des braven Ivan gibt sein Herr, der Weinwirt Josip Pavlic, auf zweierlei Art zum Besten. Wenn man sie umsonst hören will, macht er die Sache recht kurz. Wer sie aber bei einer falschen Wissa-wein erzählen läßt, erfährt dann genau, warum der Wirt diesen verkümmerten Hund jätlich liebt und warum er jörnig wird, wenn die Fremden über das Tier lachen:

Da hatte Josip Pavlic vor acht Jahren in einem Gehölz bei Mostar Stöcke für seinen Weingarten. Seine vierjährige Tochter Maria sah mit ihrer Puppe am Rande des Gestrüpps und neben ihr lag Ivan. Als der Hund plötzlich zu bellern begann, achtete Pavlic zuerst nicht darauf, wurde aber dann durch die sonderbare Wut des Tieres aufmerksam und ging mit seiner Axt langsam hinüber. Er sah Ivan schon von weitem in Angriffsstellung laut gegen einen Felsblock geben und neben ihm die kleine Maria stehen und glaubte,

daß der Hund einen Frosch oder Vogel verbelle. Er rief ihn an, Ivan wich aber nicht von der Stelle und bellte noch lauter, als ob er Hilfe fordere.

Der Wirt kam bis auf zehn Schritte näher und entdeckte jetzt zu seinem Schrecken dicht vor dem Kind und dem Hund eine große Sandvipper. Und sah im gleichen Augenblick entsetzt die kleine Maria den Hund zur Seite schieben und mit der Puppe gegen die Vipper losgehen.

Pavlic schrie auf und stürzte mit einigen Sägen hinüber, er wäre aber zu spät gekommen, wenn nicht Ivan sich mit einer blühnschnellen Wendung gedreht und das Kind zurückgestoßen hätte. Es fiel zu Boden und dafür hing auch schon die Schlange am Schweif des Hundes!

Das Reptil war sofort mit einem Haselstod erledigt, dann nahm Josip Pavlic kurz entschlossen seine Axt, zog den winselnden Ivan zu einem Stein und rettete ihm mit einem kräftigen Hieb das Leben.

So hat mir der Wirt Pavlic an einem glühend heißen Julimittag erzählt. Die hübsche Maria stand dabei am Schenktisch und putzte Gläser. Ivan schnappte nach den Fliegen und webelte dondlernd mit seinem Ehrenzeichen, als er von mir zur nachträglichen Belohnung eine fette Knoblauchwürst erhielt.



